

Unsere Kämpfe sichtbar machen

Deutsche Übersetzung des Bulletins der SSTI zur Lage im Iran und den Kämpfen von unten



IN DIESER AUSGABE

VORWORT	3
Unsere Kämpfe sichtbar machen und miteinander verbinden	
ANALYSE	8
Der globale Umbruch hin zu einer neuen multipolaren Ordnung	
TODESSTRAFE	14
Iran: Ein zweites Todesurteil gegen Varisheh Moradi	
GEFÄNGNISSE	17
Im Iran wächst der Protest gegen Hinrichtungen in den Gefängnissen	
ARBEITSKÄMPFE	19
Iran: Petropars-Arbeiter zu 74 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt	
ARBEITSKÄMPFE	22
Die Krise der Lebenshaltungskosten trifft Arbeiter*innen und junge Menschen auf Arbeitssuche	
MENSCHENRECHTE	30
Vier Teilnehmer der Januarproteste hingerichtet, 33-jährige Frau von Hinrichtung bedroht	
WIRTSCHAFT	35
Im Iran werden Lebensmittel zunehmend auf Kredit gekauft	
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT	37
Solidarität mit den Kämpfen der Schüler*innen und Studierenden sowie den sozialen Protesten in Frankreich	
TODESSTRAFE	39
Ein Dorf voller Gräber	
GEWERKSCHAFTEN	45
Erklärung der Lehrgewerkschaft des Iran (Teheran) zum Beginn des Schuljahres 2026/2027	
VEREINTE NATIONEN	48
UN-Untersuchungskommission: Iranische und US-amerikanische Behörden haben Verbrechen begangen	

VORWORT

Unsere Kämpfe sichtbar machen und miteinander verbinden

Dieses Heft ist die deutsche Übersetzung des französischsprachigen Bulletins *Écho*, das regelmäßig von den Genoss*innen der SSTI herausgegeben wird.

Vor einiger Zeit sahen wir uns mit der Notwendigkeit konfrontiert, ein monatliches Bulletin in deutscher Sprache herauszugeben, das über die aktuellen Entwicklungen im Iran berichtet. Damit wollten wir deutschsprachigen Genoss*innen ermöglichen, sich über die Ereignisse im Iran zu informieren, ohne dabei auf die etablierten Mainstream-Medien angewiesen zu sein.

Nach einiger Zeit des Überlegens und Zögerns entschieden wir uns jedoch, das Rad nicht neu zu erfinden, sondern auf die Arbeit unserer Genoss*innen in Frankreich zurückzugreifen. Dieser Vorschlag stieß bei ihnen auf Zustimmung und wurde ausdrücklich begrüßt.

Für die deutsche Ausgabe haben wir die Berichte aus dem französischen Bulletin teilweise gekürzt, um sie kompakter zu gestalten und den Umfang des Heftes zu reduzieren.

Die vorliegende Ausgabe ist die zweite deutsche Ausgabe des Bulletins *Écho*.

Unsere Leser*innen wissen, warum es heute wichtig ist, die Lage im Iran genauer zu verstehen. Darauf müssen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen, zumal einige der folgenden Texte dies bereits ausführlich tun.

Wir möchten jedoch deutlich machen, dass unser Interesse über den Iran hinausgeht. Auch wenn wir uns mit dieser Broschüre einer konkreten Aufgabe widmen, betrachten wir die Entwicklungen im Iran nicht losgelöst von den weltweiten gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen.

Weltweit erleben wir Kriege, zunehmende Militarisierung, den Vormarsch rechter und faschistischer Kräfte sowie Angriffe auf unsere Lebensbedingungen. Steigende Preise, niedrige Löhne, unsichere Arbeitsplätze und Sozialabbau gehören zum Alltag vieler Menschen. Während enorme Summen für militärische Zwecke ausgegeben werden, fehlt es an Geld für Wohnen, Bildung, Gesundheit und soziale

Sicherheit. Die Kosten der Krise sollen wir tragen, während diejenigen, die von Ausbeutung und Ungleichheit profitieren, ihre Macht verteidigen.

Gleichzeitig geschieht so viel auf der Welt, dass zahlreiche Kämpfe schnell wieder aus dem Blick geraten. In Albanien protestieren junge Menschen und Studierende gegen Korruption und schlechte Bildungschancen. Auch in Indien gehen junge Menschen gegen Missstände im Bildungssystem, fehlende Perspektiven und staatliche Repression auf die Straße. In Frankreich, Spanien und Italien gehen Menschen gegen Sozialabbau und steigende Lebenshaltungskosten auf die Straße.

Diese Kämpfe haben unterschiedliche Hintergründe. Doch sie zeigen, dass Menschen weltweit nicht bereit sind, jede Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen widerspruchslos hinzunehmen. Sie machen deutlich, dass Widerstand möglich ist und Menschen gemeinsam für ihre Forderungen eintreten können. Solche Erfahrungen geben uns Mut und Hoffnung. Doch wie können wir diese unterschiedlichen Kämpfe miteinander verbinden, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren? Und wie können wir verhindern, dass ihre Ziele im weiteren Verlauf verdrängt oder von anderen politischen Kräften vereinnahmt werden?

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass emanzipatorische Bewegungen nicht nur durch Repression zerschlagen, sondern auch von politischen Kräften vereinnahmt werden können, die dank ihrer finanziellen Ressourcen, gefestigten Strukturen und weitreichenden Netzwerke Einfluss gewinnen. Auf diese Weise können die ursprünglichen Ziele solcher Bewegungen verdrängt und ihre Kämpfe den Interessen neuer Machteliten untergeordnet werden.

Erinnern wir uns an die Aufstände in Ägypten und Tunesien. Junge Menschen, Arbeiter*innen und breite Teile der Bevölkerung erhoben sich gegen autoritäre Herrschaft, soziale Ungleichheit und Perspektivlosigkeit. Doch die Menschen, die diese Aufstände getragen hatten, konnten ihre politischen Forderungen nicht dauerhaft selbst bestimmen. In Ägypten folgte auf die Herrschaft der Muslimbruderschaft die erneute Festigung der Militärherrschaft. Auch in Tunesien wurden wichtige Errungenschaften des Aufstands später zurückgedrängt.

Ähnliche Erfahrungen machte die iranische Bevölkerung nach der Revolution von 1979. Viele Menschen hatten für Freiheit und soziale Gerechtigkeit gekämpft, doch am Ende setzte sich eine neue autoritäre Herrschaft durch: die Islamische Republik. Die Hoffnungen und Forderungen vieler Menschen nach grundlegender gesellschaftlicher Veränderung wurden einer neuen politischen Ordnung untergeordnet, die ihnen die Möglichkeit nahm, selbst über die Zukunft ihres Landes zu bestimmen.

Auch der Sudan zeigt, wie weit der Weg von einem Aufstand gegen eine Diktatur bis zur tatsächlichen Selbstbestimmung der Bevölkerung sein kann. 2019 erhoben sich Hunderttausende Menschen gegen die 30-jährige Herrschaft Omar al-Baschirs und trugen mit ihren Protesten entscheidend zu seinem Sturz bei. Doch der Sturz des Diktators bedeutete noch keine Überwindung der militärischen Machtstrukturen. Im Oktober 2021 putschte das Militär erneut gegen die Übergangsregierung. Seit April 2023 führen die sudanesischen Streitkräfte und die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) einen verheerenden Krieg gegeneinander. Die Bevölkerung, die für Freiheit, Frieden und eine zivile Regierung auf die Straße gegangen war, ist erneut der Gewalt bewaffneter Machtzentren ausgeliefert. Der Sudan führt uns damit vor Augen, wie schnell die Hoffnungen und Errungenschaften eines Aufstands verloren gehen können, wenn die Bevölkerung die Macht über ihre eigene Zukunft nicht dauerhaft sichern kann.

Ein anderes Beispiel bietet Griechenland: 2015 lehnte eine Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum die europäische Austeritätspolitik und die damit verbundenen Sparauflagen der Gläubiger ab. Dennoch gab die Regierung unter Alexis Tsipras und der Partei Syriza dem Druck der europäischen Institutionen und der Gläubiger nach und akzeptierte ein weiteres Sparprogramm. Für viele Menschen bedeutete dieser Rückzug eine Missachtung ihres demokratisch erklärten Willens und einen Bruch mit den ursprünglichen Versprechen, die neoliberale Sparpolitik zu überwinden und einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel einzuleiten.

Ein weiteres Hindernis für emanzipatorische Bewegungen ist die Einflussnahme regionaler und globaler kapitalistischen Mächte. Staaten unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichen Interessen können versuchen, revolutionäre Prozesse zu zerschlagen, sie ihren geopolitischen Interessen unterzuordnen oder ihre eigenständige Entwicklung einzuschränken. Selbst wenn diese Staaten miteinander konkurrieren oder Kriege gegeneinander führen, können sich ihre Interessen darin überschneiden, unabhängige gesellschaftliche Bewegungen zu kontrollieren und bestehende Machtverhältnisse zu sichern. Zugleich können Kriege und die zunehmende Militarisierung eigenständige Kämpfe in den Hintergrund drängen, sie schwächen oder ihre Entwicklung untergraben. Die revolutionären Bewegungen im Iran und im Sudan zeigen auf unterschiedliche Weise, wie schwierig es ist, revolutionäre Errungenschaften unter solchen Bedingungen zu bewahren.

Zugleich schreitet die weltweite Militarisierung voran. Die Aufrüstung mit immer moderneren Waffensystemen, der Ausbau von Überwachungsinfrastrukturen und der Einsatz digitaler Technologien schaffen für Staaten zusätzliche Möglichkeiten, gesellschaftliche Bewegungen zu kontrollieren, ihre Aktivitäten zu überwachen

und ihren Widerstand zu unterdrücken. Die Rüstungsindustrie profitiert von dieser Entwicklung, während enorme gesellschaftliche Ressourcen in militärische Aufrüstung fließen, statt für soziale Bedürfnisse eingesetzt zu werden. Repression beschränkt sich dabei nicht auf offene Gewalt. Sie kann auch durch Überwachung, Einschüchterung, die Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten und die Zerschlagung unabhängiger Organisationsstrukturen erfolgen.

Unter diesen Bedingungen wird es für emanzipatorische Bewegungen besonders schwierig, ihre Errungenschaften zu verteidigen und dauerhafte, unabhängige Strukturen aufzubauen. Die Erfahrungen im Iran und im Sudan zeigen auf unterschiedliche Weise, wie schwer es ist, gesellschaftliche Aufbrüche gegen autoritäre Machtstrukturen, militärische Interessen und äußere Einflussnahme zu behaupten. Dabei geht es nicht nur darum, eine bestehende Herrschaft zu überwinden, sondern auch darum, zu verhindern, dass die eigenen Kämpfe neuen Machtinteressen untergeordnet werden.

Diese Erfahrungen zeigen, dass es nicht genügt, eine Regierung zu stürzen oder eine politische Führung abzulösen. Entscheidend ist auch, wer danach die Macht übernimmt und ob die Menschen ihre politische Selbstständigkeit bewahren können. Ebenso wichtig ist die Frage, unter welchen gesellschaftlichen und internationalen Bedingungen sie ihre Selbstbestimmung verteidigen und eigene politische Alternativen entwickeln können.

Internationalismus von unten: Solidarität, Vernetzung und Selbstorganisation

Diese Frage stellt sich ebenso bei der Solidarität mit Palästina. Der Kampf gegen Besatzung, Vertreibung und koloniale Unterdrückung darf nicht den Interessen anderer Staaten und ihrer Machtblöcke untergeordnet werden. Die berechtigten Forderungen der palästinensischen Bevölkerung nach Freiheit und Selbstbestimmung sind nicht dasselbe wie die geopolitischen Interessen des iranischen Staates oder anderer regionaler Mächte. Solidarität bedeutet für uns, die Selbstbestimmung der Menschen zu verteidigen, statt eine staatliche oder nationale Führung an die Stelle ihrer eigenen Entscheidungen zu setzen.

Was können wir aus diesen Erfahrungen lernen? Wir müssen unabhängige Strukturen von unten stärken: in Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten, in Frauenbewegungen und sozialen Initiativen. Wir müssen die unterschiedlichen Kämpfe auf einer autonomen und antiautoritären Grundlage miteinander verbinden, voneinander lernen und uns gegenseitig unterstützen, ohne unsere Ei-

genständigkeit aufzugeben. Keine Partei, kein Staat und keine politische Führung darf für sich beanspruchen, allein im Namen einer Bewegung zu sprechen.

Mit dieser Broschüre wollen wir dazu beitragen, die Kämpfe im Iran sichtbar zu machen und ihre Verbindung zu den weltweiten Auseinandersetzungen um Freiheit und soziale Gerechtigkeit aufzuzeigen. Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, einzelne Angriffe zu dokumentieren. Wir müssen Erfahrungen bewahren, Verbindungen schaffen und eine internationale Solidarität entwickeln, die unabhängig von staatlichen Interessen und politischen Machtblöcken ist. Dafür braucht es kontinuierliche Arbeit, gegenseitiges Vertrauen und unabhängige Organisation.

Dabei verstehen wir Internationalismus von unten als eine notwendige Antwort auf die Grenzen national isolierter Kämpfe. Die zuvor genannten Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, emanzipatorische Errungenschaften dauerhaft zu verteidigen, wenn gesellschaftliche Bewegungen auf den nationalen Rahmen beschränkt bleiben. Die Machtverhältnisse, gegen die sie sich richten, machen nicht an nationalen Grenzen halt. Kapital ist längst global organisiert: Multinationale Konzerne, internationale Finanzstrukturen und die Rüstungsindustrie sind über Ländergrenzen hinweg miteinander verflochten. Auch Staaten, die geopolitisch miteinander konkurrieren, unterhalten wirtschaftliche Beziehungen und verfolgen eigene Interessen an der Sicherung ihrer Macht.

Deshalb brauchen wir eine internationale Solidarität von unten, die unabhängig von staatlichen Interessen und militärischen Interventionen aus dem Westen oder dem Osten entsteht. Es geht nicht darum, die Unterstützung durch eine Macht gegen die Einflussnahme einer anderen auszutauschen. Vielmehr müssen unabhängige soziale Bewegungen über Ländergrenzen hinweg miteinander in Verbindung treten, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Eine solche Solidarität soll Menschen dabei unterstützen, ihre Kämpfe selbstständig zu führen und ihre politischen Ziele eigenständig zu bestimmen, statt sie den Interessen konkurrierender Staaten und Machtblöcke unterzuordnen.

Die Frage ist nicht allein, wie wir uns gegen die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen wehren. Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Kämpfe nicht erneut vereinnahmt werden, sondern den Weg für eine freie, solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft öffnen.

Roud-Kollektiv



ANALYSE

Der globale Umbruch hin zu einer neuen multipolaren Ordnung

Welchen Platz nimmt der Iran ein?



Houshang Sepehr · 17. Oktober 2026

Die Welt ist in eine Phase tiefgreifender Veränderungen eingetreten. Die von den Vereinigten Staaten dominierte unipolare Ordnung weicht zunehmend einer multipolaren Welt. Die Frage ist nicht mehr, ob dieser Übergang stattfinden wird, sondern wie er sich vollzieht: Wird er von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen begleitet sein oder ohne einen größeren Konflikt gelingen?

Der Krieg in der Ukraine, die Massaker Israels an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen, der Krieg zwischen dem Iran, Israel und den Vereinigten Staaten, die Umwälzungen in Westasien sowie die zunehmende Rivalität zwischen Washington und Peking müssen in diesem Zusammenhang betrachtet werden.

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas ist der wichtigste Motor dieser Veränderung. Durch die umfassende Nutzung der Mechanismen der Welthandelsorganisation wurde China zum größten Profiteur der Globalisierung und zum wichtigsten wirtschaftlichen Konkurrenten der Vereinigten Staaten. Paradoxiertweise entfernen sich heute ausgerechnet jene Mächte, die das Freihandelssystem aufgebaut haben, zunehmend von ihm, während China dessen Erhalt und die Fortsetzung der Globalisierung verteidigt.

Washington richtet seine Strategie erneut auf China aus

Seit der Präsidentschaft Barack Obamas (Januar 2009 bis Januar 2017) haben die Vereinigten Staaten die Eindämmung Chinas zu ihrer strategischen Priorität gemacht und ihren Schwerpunkt schrittweise von Westasien in den asiatisch-pazifischen Raum verlagert.

Diese Neuausrichtung warf jedoch die Frage nach der Sicherheit Israels auf, die seit Jahrzehnten zu den tragenden Säulen der US-amerikanischen Politik in Westasien gehört. Die Aussicht auf eine Verringerung der amerikanischen Präsenz ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien für Israel wurde zu einem zentralen Streitpunkt zwischen der Obama-Regierung und der Regierung Benjamin Netanjahus. Israel versuchte daraufhin, den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Region zu verhindern.

Während seiner ersten Amtszeit setzte Donald Trump auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, insbesondere durch die sogenannten „Abraham-Abkommen“. Vor einer möglichen Verringerung der amerikanischen Präsenz sollte eine neue regionale Ordnung entstehen, die die Sicherheit Israels gewährleistet.

Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 leitete jedoch eine neue Phase ein. Israel nutzte die Gelegenheit, um die Kräfteverhältnisse in Westasien neu zu gestalten und die Bedrohungen seiner Sicherheit zu beseitigen.

Das Projekt eines Regimewechsels im Iran

Während Trumps zweiter Amtszeit zielte die US-amerikanische Strategie zunächst auf die Eindämmung und anschließend auf einen Regimewechsel im Iran. Damit wurden zwei Ziele verfolgt: die Sicherheit Israels zu gewährleisten und durch die Kontrolle der iranischen Energieressourcen, ergänzt um das venezolanische

Erdöl, einen neuen Hebel gegen China zu schaffen. Energie sollte so zu einem geopolitischen Instrument der Eindämmung des wichtigsten US-amerikanischen Rivalen werden.

Die Strategie beruhte auf drei Annahmen: der Ausschaltung Ali Khameneis, dem Zusammenbruch des militärischen und sicherheitspolitischen Apparats des Regimes und dem anschließenden Ausbruch eines Volksaufstands, der dessen Sturz herbeiführen sollte.

Ali Chamenei wurde getötet, doch das Regime ist nicht zusammengebrochen

Die Bombardierungen richteten sich nicht nur gegen militärische Einrichtungen, sondern auch gegen Schulen, Stadien, Universitäten, Krankenhäuser, Wohnviertel, Fabriken sowie Energie- und Wirtschaftsinfrastrukturen.

Trotz des Ausmaßes der Massaker im Januar 2026 und der tiefgreifenden Ablehnung des islamischen Regimes war ein großer Teil der iranischen Bevölkerung nicht bereit, sich in das von den Vereinigten Staaten und Israel ausgearbeitete Szenario einzufügen.

Das Projekt eines Regimewechsels ist somit gescheitert. Washington ist zu einer Politik zurückgekehrt, die das Verhalten des Regimes beeinflussen soll, anstatt seinen Sturz herbeizuführen.

Mit dem Scheitern des Vorhabens, die Islamische Republik zu stürzen und Reza Pahlavi an die Macht zu bringen, ist auch die Aussicht auf eine an den Interessen Israels ausgerichtete regionale Sicherheitsordnung geschwunden. Obwohl die meisten Staaten der Region dem islamischen Regime in zahlreichen Fragen ablehnend gegenüberstehen, wollten sie ebenso wenig eine Monarchie, die unmittelbar in die israelische Strategie eingebunden wäre.

Auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitsordnung in Westasien?

Die Instabilität und die Umwälzungen in Westasien werden anhalten, bis ein regionales Sicherheitssystem geschaffen wird, das die Interessen der Kapitalbesitzenden und der Industrien der Region wahrt.

Bis zum zwölfjährigen Krieg im Juni 2025 beruhte die Abschreckungsstrategie des islamischen Regimes hauptsächlich auf dem Ausbau seiner ballistischen

Fähigkeiten, dem Einsatz verbündeter Kräfte in der Region und der Drohung, sich Atomwaffen zu beschaffen.

Während des vierzigstägigen Krieges im Februar und März 2026 änderte Teheran diese Strategie. Die Vorbereitung auf eine Ausweitung des Konflikts, die Fähigkeit, US-amerikanische Militärstützpunkte in der Region ohne vorherige Warnung anzugreifen, sowie die Nutzung der Straße von Hormus als Druckmittel verschaffen dem Regime eine günstigere Ausgangsposition, um über seinen Platz in der künftigen regionalen Sicherheitsordnung zu verhandeln.

Vor diesem Krieg betrachteten die Führungskräfte der Golfmonarchien die großen US-amerikanischen Militärstützpunkte auf ihrem Staatsgebiet als Sicherheitsgarantie gegenüber dem Iran. Die iranischen Angriffe auf diese Stützpunkte und auf wirtschaftliche Infrastrukturen der Golfstaaten haben diese Garantie jedoch infrage gestellt und die Überlegungen zur Schaffung eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit beschleunigt.

Nach Ali Chamenei: Modschtaba und die Bruchlinien innerhalb der Macht

Der Tod des Obersten Führers Ali Chamenei sowie zahlreicher politischer, militärischer und sicherheitspolitischer Verantwortlicher hat die Spaltungen innerhalb der Macht verschärft, insbesondere im konservativen Lager.

Ein Teil der Konservativen betrachtet die Konfrontation mit den Vereinigten Staaten als existenziell und unvermeidlich und lehnt deshalb Verhandlungen ab. Eine andere Strömung hält die Differenzen mit Washington für überwindbar und setzt auf eine diplomatische Lösung, bei der zugleich die unterschiedlichen Interessen der Vereinigten Staaten und Israels genutzt werden könnten.

Die Meinungsverschiedenheiten betreffen auch die künftige Weltordnung. Während einige das Ende der US-amerikanischen Hegemonie für unvermeidlich halten und engere Beziehungen zu China, den BRICS-Staaten und dem „Globalen Süden“ fordern, halten andere eine Neugestaltung der Beziehungen zum Westen für möglich.

Diese Differenzen spiegeln eine grundlegende Uneinigkeit über die strategische Ausrichtung des islamischen Regimes in einer Welt wider, deren Machtverhältnisse sich neu ordnen.

Die Machthaber nutzten die Umstände des Krieges, um Modschtaba Chamenei als Nachfolger seines Vaters einzusetzen. Doch ihm fehlt bislang jene Autorität, über die Ali Chamenei verfügte, um interne Konflikte zu schlichten und letztgültige Entscheidungen durchzusetzen.

Eine durch den Krieg grundlegend neu formierte Opposition

Der Krieg hat die Kräfteverhältnisse innerhalb der iranischen Opposition grundlegend verändert. Das Scheitern des Regimewechselprojekts hat vor allem Reza Pahlavi und die faschistischen Monarchist*innen geschwächt, die ihre politische Zukunft an eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten und Israels geknüpft hatten. Auch die Koalition aus sechs kurdischen Parteien riskiert, durch ihre Unterstützung des Krieges und der ausländischen Intervention das über Jahrzehnte des Kampfes, der Inhaftierungen, Hinrichtungen und schweren Opfer der Bevölkerung Kurdistans aufgebaute politische und gesellschaftliche Kapital zu verspielen und die unabhängigen sozialen Bewegungen zu schwächen.

Die liberalen und republikanischen Strömungen leiden trotz neuer Bündnisse weiterhin unter dem Fehlen einer kohärenten Vorstellung vom künftigen politischen System und einer gemeinsamen Strategie zur Überwindung der Islamischen Republik. Ihre unterschiedlichen Positionen zur militärischen Intervention – von Ablehnung aus Gründen der nationalen Interessen bis hin zur Unterstützung – verdeutlichen, dass ihnen eine gemeinsame Perspektive für den Übergang zu einer neuen politischen Ordnung fehlt.

Die „Linke der Achse des Widerstands“ wiederum knüpft an eine Tradition an, die bis in die ersten Jahre nach der Revolution zurückreicht. Damals unterstützten die Tudeh-Partei und die Mehrheit der Fedajin mit linker Rhetorik die islamische Herrschaft und trugen dazu bei, den Einfluss der Arbeiterkräfte und radikalen Sozialistinnen zurückzudrängen. Nach der Festigung seiner Macht verfolgte das Regime auch diese Organisationen mit Repression, Verhaftungen und Hinrichtungen. Mit dem Wiederaufleben der Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen, insbesondere nach Januar 2017, wiederholten regierungsnahe linke Strömungen dieses Muster, indem sie mit antiimperialistischer und neokampnistischer Rhetorik die Islamische Republik verteidigten und deren Konfrontation mit den Vereinigten Staaten zum wichtigsten Maßstab ihrer Analyse machten.

Dabei blieben der autoritäre Charakter des Regimes, seine kapitalistischen Produktionsverhältnisse und neoliberale Wirtschaftspolitik, die Unterdrückung unabhängiger Arbeiter*innenorganisationen und die Löhne weit unterhalb der

Armutsgrenze unbeachtet. Die Konfrontation mit den Vereinigten Staaten allein macht ein Regime nicht zu einer antiimperialistischen Macht. Aus Sicht der Arbeiter*innenklasse muss der Kampf gegen den Imperialismus mit dem Kampf gegen kapitalistische Verhältnisse und der Verteidigung unabhängiger Arbeiter*innenorganisationen verbunden sein. Andernfalls dient die „Linke der Achse des Widerstands“ dazu, eine Herrschaft zu rechtfertigen, die sich gegen die arbeitende Bevölkerung richtet.

Für eine unabhängige sozialistische Alternative

Im Verlauf des Krieges hat die iranische sozialistische Bewegung ihre politische Unabhängigkeit bekräftigt und die eigenständigen Interessen der Arbeiter*innenbewegung verteidigt. Indem sie sowohl das islamische Regime als auch die ausländische Militärintervention ablehnte, entzog sie sich dem Einfluss der iranischen Machthaber ebenso wie den Vorhaben der Vereinigten Staaten und Israels.

Mit dem Ausscheiden Reza Pahlavis und der faschistischen Monarchist*innen aus dem Machtkampf findet die wichtigste politische Auseinandersetzung innerhalb der Opposition nunmehr zwischen den Sozialist*innen einerseits und den Liberalen und Republikaner*innen andererseits statt. Die Vorherrschaft des liberalen Diskurses infrage zu stellen, wird damit zu einem zentralen theoretischen Ziel der sozialistischen Bewegung.

Für eine sozialistische Alternative, getragen von der Bevölkerung

Mit dem Abklingen des Krieges dürften die Proteste und Streiks der Arbeiter*innen sowie andere soziale Bewegungen zunehmen. Die verschärfte Wirtschaftskrise und die Vervielfachung der Lebensmittelpreise werden das islamische Regime dazu veranlassen, die Krisenkosten erneut auf die Millionen Arbeiter*innen und Lohnabhängigen abzuwälzen.

Unter diesen Bedingungen ist der Aufbau eines Netzwerks linker und sozialistischer Aktivist*innen innerhalb der unabhängigen Arbeiter*innenbewegung von zentraler Bedeutung. Es soll Streiks koordinieren, die unabhängige Organisation der Arbeiter*innen, das Streikrecht und höhere Löhne verteidigen sowie Mobilisierungen über einzelne Betriebe und Industriezweige hinaus ermöglichen.

Zugleich muss die Arbeiter*innenbewegung ihre Zusammenarbeit mit den Bewegungen von Frauen, Studierenden, Lehrkräften, Rentner*innen, Gerechtigkeitssuchenden sowie den Kämpfen gegen nationale Unterdrückung und für ökologische Gerechtigkeit stärken. Erst wenn diese unterschiedlichen Kämpfe miteinander verbunden werden, können aus vereinzelt Protesten landesweite soziale Mobilisierungen entstehen.

Da keine der gegenwärtigen politischen Kräfte eine überzeugende fortschrittliche Perspektive bietet, liegt die entscheidende Aufgabe der iranischen sozialistischen Kräfte darin, die unabhängige Organisation der Arbeiter*innen zu stärken, die sozialen Bewegungen zusammenzuführen und die theoretischen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine sozialistische Alternative zu schaffen, die von der Bevölkerung getragen wird.

Aufgrund der Länge des Originaltextes haben wir den Artikel für diese Broschüre gekürzt. Den vollständigen Text könnt ihr auf unserer Website lesen:
https://www.iran-echo.com/echo_pdf/17102026.pdf



TODESSTRAFE

Iran: Ein zweites Todesurteil gegen Varisheh Moradi



Die kurdische Aktivistin Varisheh Moradi ist vom Revolutionsgericht in Teheran erneut zum Tode verurteilt worden. Ihre Anwälte fechten die neue Entscheidung an und kündigen eine Berufung beim Obersten Gerichtshof an.

Varisheh Moradi, eine kurdische politische Gefangene im Evin-Gefängnis, wurde zum zweiten Mal zum Tode verurteilt. Das neue Urteil, das einem ihrer Anwälte am 12. Oktober zugestellt wurde, stützt sich diesmal auf den Vorwurf der „Zugehörigkeit zu einer aufständischen Gruppe“. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig: Der Verteidigung stehen zwanzig Tage zur Verfügung, um beim Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen.

Das erneute Todesurteil erging, nachdem der Oberste Gerichtshof ein erstes Urteil aufgehoben und den Fall für eine neue Verhandlung an das Gericht zurückverwiesen hatte. Nach Angaben eines von Moradis Anwälten hatte das Gericht damals auf unzureichende Ermittlungen und Verfahrensmängel hingewiesen, insbesondere darauf, dass die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht hinreichend erläutert worden seien.

Die Anwälte erklären, dass die beanstandeten Mängel nicht behoben worden seien. Keyvan Azizi zufolge habe das Gericht lediglich die Bezeichnung des Vorwurfs geändert, ohne die angeordneten Ermittlungen durchzuführen. Auch Amir Sajjadi widerspricht den von der Anklage vorgebrachten Belegen. Er erklärt, Moradi habe an keiner bewaffneten Operation gegen die Islamische Republik Iran teilgenommen. Ihren Aktivitäten im Norden Syriens zufolge seien diese vielmehr Teil des Kampfes gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ gewesen.

Uneinigkeit über die rechtliche Einordnung der Tatvorwürfe

Im Mittelpunkt des Falls steht die Auslegung der Artikel 287 und 288 des iranischen Strafgesetzbuches. Artikel 287 sieht die Todesstrafe für Mitglieder einer Gruppe vor, die sich an einem bewaffneten Aufstand beteiligt und dabei Waffen einsetzt. Artikel 288 sieht hingegen Freiheitsstrafen für Mitglieder vor, die vor einer bewaffneten Auseinandersetzung oder vor dem Einsatz von Waffen festgenommen werden.

Das Kurdistan Human Rights Network berichtet, dass sich die ursprüngliche Anklageschrift auf Artikel 288 bezog, während das erste Todesurteil auf Artikel 287 gestützt wurde. Die Verteidigung widerspricht dieser rechtlichen Einordnung und kritisiert zudem den Ablauf des Prozesses.

Nach Angaben dieses Netzwerks hatte Moradi sich geweigert, an einer Anhörung vor der 15. Kammer des Revolutionsgerichts teilzunehmen, die von Abolghasem Salavati geleitet wurde. Sie erklärte, dass sie dieses Gericht nicht anerkenne.

Besorgnis über ihren Prozess und ihre Haftbedingungen

Verisheh Moradi stammt aus Sanandadsch und ist Mitglied der Gesellschaft der Freien Frauen Ostkurdistan (KJAR). Sie wurde im August 2023 auf dem Weg in diese Stadt festgenommen. Zunächst wurde sie in einer Einrichtung des Geheimdienstministeriums in Sanandadsch festgehalten, anschließend im Trakt 209 des Evin-Gefängnisses. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass sie dort etwa fünf Monate in Einzelhaft verbrachte, bevor sie in den Frauengefängnistrakt verlegt wurde.

Amnesty International bezeichnete ihren ersten Prozess als offensichtlich unfair und berichtete über Vorwürfe von Folter und Misshandlungen, die nach Angaben der Organisation nicht untersucht worden seien. Im Januar 2025 führte auch Human Rights Watch ihren Fall als einen der Fälle an, die Anlass zur Sorge hinsichtlich der Verhängung der Todesstrafe gegen politische Aktivist*innen und Angehörige ethnischer Minderheiten geben.

Moradi trat außerdem mehrfach in den Hungerstreik, um gegen Todesurteile und deren Vollstreckung zu protestieren. Berichten zufolge wurde auch ihr Kontakt zu ihrer Familie eingeschränkt. Zudem gibt es Berichte über gesundheitliche Probleme und eine gesonderte sechsmonatige Haftstrafe im Zusammenhang mit Protesten im Gefängnis.

Nun muss sich der Oberste Gerichtshof erneut mit dem Fall befassen. Bis zu dieser Entscheidung ist das zweite Todesurteil nicht rechtskräftig.

Quelle: Echo d'Iran



GEFÄNGNISSE

Im Iran wächst der Protest gegen Hinrichtungen in den Gefängnissen

Die Kampagne „Dienstags gegen Hinrichtungen“ gibt an, dass innerhalb eines Jahres im Iran 2.230 Menschen hingerichtet worden seien. In ihrer 142. Woche erklärt die Kampagne, Gefangene aus 66 Gefängnissen zu vereinen, und ruft die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf.

2.230

Hinrichtungen in zwölf Monaten

66

Gefängnisse beteiligen sich

142

Wochen Hungerstreik an jedem Dienstag

Anlässlich des Welttages gegen die Todesstrafe am 10. Oktober gab die iranische Kampagne „Dienstags gegen Hinrichtungen“ bekannt, dass in den vergangenen zwölf Monaten im Iran 2.230 Menschen hingerichtet worden seien. Unter ihnen sollen sich nach den von den Aktivist*innen veröffentlichten Zahlen 54 Frauen, 47 politische Gefangene und vier Minderjährige befunden haben.



Die Bewegung, die Gefangene dazu aufruft, jeden Dienstag in den Hungerstreik zu treten, erklärt, dass die Protestbewegung mittlerweile Gefangene in 66 Gefängnissen umfasst. In dieser Woche geht die Kampagne in ihre 142. Woche. Die Gefangenen protestieren damit gegen die Anwendung der Todesstrafe.

Die Kampagne äußert sich zudem besorgt über das Schicksal mehrerer Gefangener. Sie berichtet, dass der Oberste Gerichtshof das Todesurteil gegen Amirhossein Akbari Monfared, einen 23-jährigen Studenten und politischen Gefangenen, bestätigt habe. Die Aktivist*innen protestieren außerdem gegen ein weiteres Todesurteil, das gegen den 19-jährigen Ali Zakani verhängt worden sei.

In ihrer Erklärung berichtet die Bewegung darüber hinaus von Festnahmen, auf die Todesfälle folgten. Genannt werden insbesondere der 17-jährige Omid Ghanouni in Khansar und Farid Makari in Maschhad. Diese Angaben und die im Text geschilderten Umstände werden der Kampagne zugeschrieben und wurden hier nicht unabhängig überprüft.

Die Bewegung begrüßte die Unterstützung durch Gina Romero, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit. Sie ruft internationale Organisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen dazu auf, über öffentliche Verurteilungen hinauszugehen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Hinrichtungen entgegenzuwirken.

Für die Aktivist*innen ist der wöchentliche Streik sowohl ein Akt des Protests als auch ein Mittel, um die Aufmerksamkeit auf die zum Tode Verurteilten zu lenken. Ihr Aufruf erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Hinrichtungen im vergangenen Jahr nach ihren Schätzungen stark angestiegen ist.

Quelle: Echo d'Iran



ARBEITSKÄMPFE

Iran: Petropars-Arbeiter zu 74 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt



Mehr als zehn ehemalige Beschäftigte von Petropars wurden jeweils mit 74 Peitschenhieben und einer Geldstrafe bestraft, nachdem sie im Bezirk Hoveyzeh gegen die Nichtverlängerung ihrer Arbeitsverträge protestiert hatten.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur HRANA wurden die Strafen gegen mehr als zehn Arbeiter vollstreckt, die nach Protestkundgebungen festgenommen worden waren. Sie hatten ihre Entlassung und die Nichtverlängerung ihrer Arbeitsverträge angeprangert, nachdem sie mehrere Jahre an den Anlagen des Ölfelds South Azadegan gearbeitet hatten.

Die 101. Kammer des Berufungsgerichts für Strafsachen in Hoveyzeh unter dem Vorsitz des Richters Malek-Tabar Firouzjani verkündete ihre Entscheidungen am 4. Juli 2026. Laut HRANA wurde jeder der Arbeiter zu 74 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt.

Das Verfahren wurde nach einer Klage von Petropars eingeleitet. Zu den vorgeworfenen Handlungen gehörten unter anderem die „Behinderung des Verkehrs“ sowie

die Verursachung von „Schäden und Beeinträchtigungen“. Laut HRANA verfügen die meisten betroffenen Arbeiter über einen Bachelor- oder Masterabschluss.

Die Beschäftigten erklären, dass ihre Verträge nach Abschluss der Projekte nicht verlängert worden seien und dass stattdessen Arbeitskräfte aus anderen Provinzen, insbesondere aus Gilan und Fars, eingestellt worden seien. Sie hatten bereits mehrfach protestiert, unter anderem vor dem Gouverneursamt der Provinz Chuzestan in Ahvaz und vor der Bezirksverwaltung von Hoveyzeh. Dabei forderten sie ihre Wiedereinstellung. Ihre Bemühungen blieben bislang erfolglos.

Trotz der Vollstreckung der Strafen versammeln sich die Arbeiter HRANA zufolge weiterhin jede Woche vor den Geschäftsräumen von Petropars. Sie fordern, dass ihre arbeitsrechtlichen Anliegen geprüft werden, und verlangen ihre Wiedereinstellung.

Das Unternehmen ist für die Leitung der ersten Entwicklungsphase des zentralen Abschnitts des Ölfelds zuständig.

Wenn Arbeiter*innen, die unermüdlich kämpfen müssen, um einen Hungerlohn zu erhalten, mit Gerichtsverfahren, Auspeitschung, Folter und Tod konfrontiert werden, treten die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und die grundlegenden Mechanismen politischer Macht offen zutage.

In einer ausweglosen Lage, in der das eigene Überleben auf dem Spiel steht, erklärt die Macht selbst die elementarsten Forderungen – jene, die die Lebensbedingungen und die Menschenwürde betreffen – zu Fragen der Sicherheit.

Diese Verurteilungen richten sich nicht nur gegen die Arbeiter*innen, die unmittelbar davon betroffen sind. Sie sind zugleich eine Drohung an die gesamte Arbeiter*innenklasse und an alle, die gegen die Ausbeutenden protestieren: gegen Hungerlöhne, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, extreme Armut, die Vorenthaltung grundlegender Rechte und die Verletzung der Menschenwürde.

Der Fall der Petropars-Arbeiter in Hoveyzeh steht im Zusammenhang mit der umfassenderen Unterdrückung von Protestbewegungen der Arbeiter*innen im ganzen Land. Zu diesen Mobilisierungen gehören auch die Proteste der Beschäftigten des Stahlwerks Foulad Sia Den in Abhar, die die Erfüllung ihrer Forderungen verlangen und ausstehende Lohnzahlungen sowie die Belastungen durch ihre schwierigen Arbeitsbedingungen anprangern.

Dieser Repressionsapparat dient außerdem dazu, Rentner*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, Studierende, Beschäftigte im Bildungswesen –

insbesondere Lehrkräfte – sowie Angehörige der Gesundheitsberufe einzuschüchtern.

Viele dieser Arbeiter*innen und Beschäftigten sind nicht mehr in der Lage, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen, und geben deshalb ihre Arbeit auf. Andere erschöpfen sich Tag und Nacht auf Straßen und in Gassen, gefangen in einem regelrechten Marathon zwischen Leben und Tod, um ihren täglichen Lebensunterhalt zu verdienen und ihr Recht auf ein Leben in Würde zu bewahren.

Für die Arbeiter*innen und die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten lässt sich diese Tragödie nicht auf eine bloße Unregelmäßigkeit im Justizwesen oder eine vereinzelte Verletzung der Grundrechte, des Rechts auf Leben und der Menschenwürde reduzieren. Sie offenbart unmittelbar das verhängnisvolle Zusammenspiel von wirtschaftlicher Ausbeutung und brutaler Unterdrückung der Forderungen der Arbeiter*innen.

Die Arbeiter*innen, die den größten Teil des gesellschaftlichen Reichtums schaffen und zu den tragenden Kräften der Gesellschaft gehören, werden dennoch ihrer grundlegendsten Menschenrechte beraubt. Sie erheben ihre Stimme, um ihre Rechte einzufordern; als Antwort erhalten sie nichts als Peitschenhiebe, Arbeitslosigkeit, den Entzug ihrer Lebensgrundlage und Verhaftungen.

Doch jeder Peitschenhieb, jede Demütigung und jede Bestrafung durch das islamische Regime und die Gruppen, die die politische und wirtschaftliche Macht innehaben, schüren lediglich den Zorn der Arbeiter*innenklasse und stärken ihre Entschlossenheit, sich für einen Aufstand und eine Bewegung zum Sturz der herrschenden Macht zu organisieren.

Quelle: Echo d'Iran



ARBEITSKÄMPFE

Die Krise der Lebenshaltungskosten trifft Arbeiter*innen und junge Menschen auf Arbeitssuche

*Rückblick auf die wichtigsten erfassten Arbeiter*innenmobilisierungen im September 2026*



73

Mobilisierungen im
September 2026

21

Städte, mindestens

89 %

Inflation im August 2026

Im September 2026 beschränkte sich der wirtschaftliche Druck im Iran nicht mehr auf steigende Haushaltsausgaben. Einige Monate nach dem neununddreißigtägigen Krieg zeigten sich dessen Folgen zunehmend in wichtigen Wirtschaftsindikatoren, der Produktion und auf dem Arbeitsmarkt. Offizielle Statistiken wiesen auf anhaltend hohe Inflation, sinkende Produktion und rückläufige Konsumausgaben

hin. Zusammen mit dem Verlust an Kaufkraft verschärfte dies die ohnehin prekäre Lage der Arbeiter*innen.

Die Verdopplung des Benzinpreises erhöhte zusätzlich die Fahrtkosten und allgemeinen Lebenshaltungskosten. Besonders betroffen waren auch Arbeiter*innen, die neben ihrer Hauptbeschäftigung als Fahrer*innen ein zusätzliches Einkommen erzielten. Gleichzeitig belasteten die Kriegsgefahr und anhaltende Versorgungsprobleme die Wirtschaft. In einigen Betrieben führten Rohstoffmangel, Produktionseinschränkungen und Unsicherheit über den Personalbestand dazu, dass viele Beschäftigte nicht zu normalen Lebensbedingungen zurückkehren konnten.

Die im September erfassten Mobilisierungen zeigen sowohl anhaltende Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen als auch die zunehmende Präsenz junger Menschen auf Arbeitssuche. Damit erweitert sich das Spektrum der Proteste: Neben Arbeitsbedingungen und Kaufkraft rückt der Zugang zu Beschäftigung immer stärker in den Mittelpunkt.

73 Mobilisierungen in mindestens 21 Städten

Im September wurden trotz des angespannten Sicherheitsklimas und der regionalen Konflikte insgesamt 73 Mobilisierungen in mindestens 21 Städten erfasst. Zu den Städten mit den meisten Protesten gehörten Ahvaz, Teheran, Isfahan, Schuschi, Rascht und Kermanschah.

Die große Mehrheit der Aktionen waren Kundgebungen; lediglich ein Streik und eine Demonstration wurden registriert. Rentner*innen aus der Sozialversicherung und dem Telekommunikationssektor bildeten die aktivste Gruppe. Auch Fabrikarbeiter*innen, Beschäftigte der Öl- und Gasindustrie, Krankenpfleger*innen, Eisenbahner*innen und junge Menschen auf Arbeitssuche protestierten in verschiedenen Regionen.

Viele Mobilisierungen richteten sich gegen ungelöste Forderungen aus den vorangegangenen Monaten. Es ging weniger um neue Anliegen als darum, dass frühere Zusagen unerfüllt geblieben waren und die zuständigen Institutionen vielfach nicht reagierten.

Die Kaufkraft im Mittelpunkt der Forderungen

Das Statistische Zentrum des Iran meldete für August 2026 eine Inflationsrate von 89 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Preise für Lebensmittel und Getränke

stiegen um 127,5 %, die jährliche Inflationsrate lag bei 69,9 %. Für das zweite Einkommensdezil betrug sie 78,3 %, gegenüber 67,6 % für das zehnte Dezil. Die Inflation belastet somit Menschen mit niedrigen Einkommen besonders stark.

Die Kluft zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten ist zu einem gemeinsamen Protestanlass für Arbeiter*innen und Rentner*innen geworden. Das monatliche Mindesteinkommen von Arbeiter*innen einschließlich aller Zulagen liegt den im September veröffentlichten Daten zufolge weiterhin unter 90 Euro. Gewerkschaftsaktive schätzen den monatlichen Bedarf eines Haushalts dagegen auf rund 350 Euro.

Die Forderungen spiegeln diese Notlage wider. Rentner*innen der allgemeinen Sozialversicherung verlangen ausstehende Nachzahlungen und eine Anpassung ihrer Renten an die Inflation. Rentner*innen des Telekommunikationssektors fordern die dritte Phase der Rentenanpassung, die Anwendung der Regelung 89.24 und höhere Sozialleistungen. Rentner*innen der Stahlindustrie setzen sich für eine Angleichung ihrer Renten und den Erhalt ihrer medizinischen Versorgung ein.

Ihre Forderungen umfassen damit nicht nur ausstehende Zahlungen, sondern auch höhere Renten, Kranken- und Zusatzversicherungen, Sozialleistungen und die Übernahme medizinischer Kosten.

Rentner*innen: wiederkehrende Protestmobilisierungen

Rentner*innen aus der allgemeinen Sozialversicherung, dem Telekommunikationssektor und der Stahlindustrie versammelten sich im September wiederholt vor den Geschäftsstellen der zuständigen Einrichtungen, Behörden und anderen Institutionen. Die Proteste der Telekommunikationsrentner*innen fanden auch außerhalb Teherans statt, insbesondere in den Provinzen Hormozgan, Kermanschah und Kurdistan.

Die Aktionen richteten sich gezielt gegen jene Institutionen, die für die ungelösten Forderungen verantwortlich gemacht werden. Allerdings blieben sie überwiegend auf einzelne Berufs- und Beschäftigtengruppen beschränkt, statt sich zu breiteren, berufsübergreifenden Bewegungen auszuweiten.

Von ausstehenden Löhnen bis zur Bedrohung der Arbeitsplätze

Im September standen ausstehende Lohnzahlungen, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Zukunft gefährdeter Betriebe im Mittelpunkt zahlreicher Proteste.

In Bouin-Zahra berichteten Beschäftigte des Stahlwerks Arin Foolad, dass der Betrieb aufgrund von Strombeschränkungen seit fünf Monaten nahezu stillstehe und sie während dieser Zeit keine Löhne erhalten hätten. Neben der Auszahlung der Rückstände sorgten sie sich vor allem um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft des Stahlwerks.

In Shadegan verloren rund 100 Vertragsarbeiter*innen, die am Bau und an der Fertigstellung eines Stahlwerks beteiligt waren, nach Abschluss der Bauarbeiten ihre Beschäftigung. Auch in anderen Branchen führten der Krieg, die zunehmende Unsicherheit und die wirtschaftliche Abschwächung zu Arbeitsplatzverlusten.

Weitere Berichte betrafen rund 700 Beschäftigte des Bergbauunternehmens P.V. Pol Jonoube, deren Arbeitsplätze gefährdet waren. In Sirjan waren Beschäftigte des Ingenieurunternehmens Mahour Gostar Nasr seit mehr als 50 Tagen mit beruflicher Unsicherheit konfrontiert.

Im Textilwerk von Borudscherd durften rund 600 Beschäftigte seit Jahresbeginn das Werk nicht mehr betreten. Als Gründe wurden die Kriegsfolgen und Rohstoffmangel genannt. Gewerkschaftsnahen Quellen zufolge hatten etwa 400 Beschäftigte ihre Arbeit wieder aufgenommen, während weitere 205 weiterhin über ihre berufliche Zukunft im Ungewissen waren. Zudem standen die Löhne für Juli und August aus.

In der Provinz Hormozgan schätzte der Exekutivsekretär des Arbeiterhauses, einer dem islamischen Regime angegliederten Organisation, die Zahl der arbeitslosen Arbeiter*innen auf rund 20.000. Einige waren nach dem Verlust ihrer Beschäftigung auf informelle und prekäre Tätigkeiten ausgewichen.

Auch Beschäftigte der Medizinischen Universität Iranshahr, die bei externen Dienstleistungsunternehmen angestellt waren, berichteten von seit zwei Monaten ausstehenden Löhnen für Juli und August sowie gestrichenen Sozialleistungen. Rund 30 Beschäftigte, die Eisenbahnstrecken in Iranshahr überwachten, hatten seit etwa fünf Monaten keinen Lohn erhalten. Sie beklagten außerdem fehlende grundlegende Verpflegungsmöglichkeiten und Sozialleistungen sowie die hohe körperliche Belastung ihrer Arbeit.

Diese Fälle zeigen, dass sich die Proteste nicht mehr allein gegen ausstehende Zahlungen richten. In zahlreichen Betrieben stehen inzwischen auch der Erhalt

der Arbeitsplätze und die Zukunft der Produktion auf dem Spiel. Mehrmonatige Lohnrückstände gefährden angesichts niedriger Einkommen und hoher Inflation unmittelbar die Lebensgrundlage der Haushalte.

Junge Menschen auf Arbeitssuche beteiligen sich an den Protesten

Ein weiteres Merkmal der Mobilisierungen im September war die zunehmende Präsenz junger Menschen auf Arbeitssuche. In mehreren Orten der Provinz Chuzestan protestierten junge Menschen gegen ausbleibende Einstellungen und die Nichteinhaltung von Zusagen, nach denen Arbeitskräfte aus der örtlichen Bevölkerung bevorzugt beschäftigt werden sollten.

Bei den Protesten im Umfeld der Zuckerkomplexe ging es nicht um höhere Löhne, sondern um den Zugang zu Arbeitsplätzen. Junge Menschen aus den Dörfern Morân und Amishieh argumentierten, dass die Industrieanlagen auf dem Land ihrer Region errichtet worden seien und deshalb auch die örtliche Bevölkerung von den Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren müsse.

Die Proteste wiederholten sich im Laufe des Monats. In einem Fall erklärten die Demonstrierenden, sie versammelten sich bereits seit mehr als einer Woche, ohne eine klare Antwort erhalten zu haben. Zudem berichteten sie von Übergriffen durch Ordnungskräfte und Sicherheitsdienste.

Am 1. Oktober setzten arbeitslose junge Menschen aus Morân und Amishieh ihre Proteste am Eingang des agroindustriellen Zuckerunternehmens Daable Khazai fort. Sie forderten Einstellungen und blockierten die Zufahrtsstraße.

Diese Mobilisierungen verdeutlichen eine Verschiebung der Forderungen: Für junge Menschen, die noch keinen Arbeitsplatz haben, stehen der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten und die Nichterfüllung von Einstellungszusagen im Mittelpunkt.

Erdöl und Erdgas: anhaltende Ungleichheiten

Auch im Erdöl- und Erdgassektor kam es zu mehreren Mobilisierungen. Beschäftigte in Fördergebieten, im Sicherheits- und Überwachungsdienst sowie auf Ölfeldern protestierten gegen schlechte Arbeitsbedingungen, ungleiche Löhne und Sozialleistungen, Gehaltsbeschränkungen und die Benachteiligung von Beschäftigten bei Subunternehmen gegenüber Festangestellten.

Anders als viele Proteste der Rentner*innen fanden diese Aktionen überwiegend in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätten, Unternehmen und Fördergebiete statt.

Die Forderungen umfassten die Aufhebung der Gehaltsbeschränkungen, die ordnungsgemäße Anwendung des Systems zur Stellenbewertung, Zulagen für erschwerte klimatische Arbeitsbedingungen und ein Ende der Diskriminierung zwischen Beschäftigtengruppen.

In den Grundstoffindustrien, darunter Energie-, Stahl- und Zementproduktion, geht es somit nicht nur um niedrige Löhne, sondern auch um strukturelle Ungleichheiten zwischen Vertragsarten, Beschäftigtengruppen und dem Zugang zu Sozialleistungen.

Ausstehende Zahlungen: eine gemeinsame Forderung

Ausstehende Zahlungen waren ein wiederkehrendes Thema der Mobilisierungen im September. Dazu gehörten nicht ausgezahlte Löhne und Überstundenvergütungen, Sozialleistungen, Jahresendprämien, Versicherungsbeiträge, medizinische Kosten und geschuldete Lohnzulagen.

Die Forderung verbindet unterschiedliche Beschäftigtengruppen, deren konkrete Situationen sich teilweise erheblich unterscheiden. Wenn Zahlungsverzögerungen mehrere Monate andauern und mit niedrigen Löhnen und hoher Inflation zusammentreffen, handelt es sich nicht mehr um ein bloßes Verwaltungsproblem. Vielmehr wird die Fähigkeit der Haushalte gefährdet, ihre grundlegenden Lebenshaltungskosten zu decken.

Ein Streik in Ahvaz

Unter den erfassten Aktionen wurde nur eine als Streik eingestuft: der Streik der Beschäftigten der Nationalen Industriegruppe für iranischen Stahl in Ahvaz. Da die Datengrundlage auf Berichten offizieller und nicht offizieller Medien beruht, ist nicht auszuschließen, dass weitere Aktionen unberücksichtigt blieben.

Der Streik führte zur Einstellung der Produktion in der zweiten Einheit zur Herstellung von Stahlstäben. Die Beschäftigten forderten regelmäßige Lohnzahlungen, bessere wirtschaftliche und soziale Bedingungen, die Lösung der Managementprobleme sowie eine Neuorganisation und Wiederbelebung der Produktion.

Nach Streikbeginn suchte der neue Geschäftsführer das Gespräch mit den Beschäftigten. Er versprach, die Rückstände innerhalb von zwei Tagen zu begleichen, die Löhne künftig regelmäßig auszuzahlen, die Forderungen der Rentner*innen zu prüfen und die Produktionseinheiten wieder in Betrieb zu nehmen.

Aufgrund dieser Zusagen setzten die Beschäftigten ihren Streik vorerst aus. Sie kündigten jedoch an, die Umsetzung der Vereinbarungen weiter zu beobachten.

Der Fall unterscheidet sich von den meisten anderen Mobilisierungen des Monats, da der Protest unmittelbar zur Unterbrechung eines Teils der Produktion führte.

Die Erhöhung der Löhne steht auf der Tagesordnung

Parallel zu den Protesten befasste sich der Oberste Arbeitsrat in seiner ersten Sitzung im September mit der Umsetzung von Artikel 10 des Lohnbeschlusses für 2026 und der Überprüfung der verschiedenen Lohnbestandteile im zweiten Halbjahr. Zudem beschloss er die Einrichtung einer Lohnkommission zur Untersuchung der Lebenshaltungskosten und der Vergütungshöhe.

Vertreter*innen der Beschäftigten, der Arbeitgeber und der Regierung erkannten die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung an. Eine Entscheidung über deren Höhe wurde jedoch auf kommende Sitzungen vertagt.

Gleichzeitig wurde eine Kampagne für eine Lohnerhöhung im zweiten Halbjahr gestartet. Sie sammelte mehr als 15.000 Unterschriften und soll fortgesetzt werden, bis eine Entscheidung über die Lohnanpassung getroffen wird.

Gemeinsame Forderungen, unterschiedliche Kämpfe

Die im September erfassten Mobilisierungen verdeutlichen die unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die arbeitende Bevölkerung.

- **Rentner*innen** fordern höhere Renten, Krankenversicherungsschutz, Sozialleistungen und die Auszahlung ausstehender Beträge.
- **Erwerbstätige Arbeiter*innen** kämpfen gegen ausbleibende Lohnzahlungen, Produktionsstillstände, Arbeitsplatzabbau und berufliche Unsicherheit.
- **Junge Menschen auf Arbeitssuche** verlangen Zugang zu Beschäftigung und die Einhaltung von Einstellungszusagen.

Obwohl der wirtschaftliche Druck zunimmt, bleibt die Kundgebung die vorherrschende Protestform. Selbst wenn Forderungen monatelang unbeantwortet bleiben, führt dies nicht zwangsläufig zu Streiks oder Produktionsstillständen. Der Streik in Ahvaz war hierfür im September eine Ausnahme.

Zugleich verschwimmen die Grenzen zwischen Protesten für bessere wirtschaftliche Bedingungen und solchen zur Sicherung der Beschäftigung. Die Inflation verstärkt die Forderungen nach höheren Löhnen, während Rezession und Produktionsbeschränkungen Arbeitsplätze gefährden. Die Arbeitslosigkeit bringt zudem junge Menschen zur Mobilisierung, die noch keinen Arbeitsplatz haben, den sie verlieren könnten.

Um die weitere Entwicklung der Arbeiter*innenmobilisierungen beurteilen zu können, reicht es daher nicht aus, allein die Zahl der Kundgebungen zu erfassen. Ebenso wichtig sind die Wiederholung und Dauer ungelöster Forderungen, mögliche Übergänge zu Streiks und Produktionsstillständen, die Entwicklung der Beschäftigungssituation und die Beteiligung neuer Gruppen, insbesondere junger Menschen auf Arbeitssuche.

Die 73 im September 2026 erfassten Mobilisierungen zeugen von einer sich ausweitenden Protestbewegung unter den Bedingungen einer sich verschlechternden Wirtschaftslage. Da die Erfassung auf veröffentlichten Berichten offizieller und nicht offizieller Medien beruht, bildet sie wahrscheinlich nicht alle Protestaktionen dieses Monats ab.

Quelle: Echo d'Iran

*Aufgrund der Länge des Originaltextes haben wir den Artikel für diese Broschüre gekürzt. Den vollständigen Text könnt ihr auf unserer Website lesen:
https://www.iran-echo.com/echo_pdf/05102026.pdf*



MENSCHENRECHTE

Vier Teilnehmer der Januarproteste hingerichtet, 33-jährige Frau von Hinrichtung bedroht

Vier Männer, die während des Aufstands im Januar 2026 festgenommen worden waren, wurden in Maschhad und Isfahan hingerichtet. Gleichzeitig wurde die 33-jährige Mahboubeh Shabani, die wegen der Versorgung verletzter Demonstrierender zum Tode verurteilt worden war, in Einzelhaft verlegt. Dies lässt eine unmittelbar bevorstehende Hinrichtung befürchten. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden inzwischen mindestens 31 Menschen im Zusammenhang mit dem Aufstand hingerichtet.

31

Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem Aufstand

100

inhaftierten Demonstrierenden droht die Todesstrafe

4.200

identifizierte Todesopfer des Aufstands (IHR)

Alireza Sepahi und Alireza Raisi

Am 5. Oktober ließen die iranischen Behörden Alireza Sepahi und Alireza Raisi in Isfahan hinrichten. Beide waren nach den Protesten vom 8. Januar 2026 auf dem Alikhani-Platz festgenommen worden. Die Behörden warfen ihnen vor, an einer Gruppe von Demonstrierenden beteiligt gewesen zu sein, die für den Tod von vier Angehörigen der Sicherheitskräfte verantwortlich gemacht wurde.

In diesem Verfahren wurden mindestens zwölf Menschen zum Tode verurteilt. Unterstützer*innen der Verurteilten kritisieren beschleunigte Gerichtsverfahren, unter Folter erzwungene Geständnisse und fehlende rechtsstaatliche Garantien.

Mit diesen Hinrichtungen wurden inzwischen sieben Verurteilte im Fall Alikhani-Platz hingerichtet. Im Fall Sepahi hatte der Oberste Gerichtshof zunächst einer Wiederaufnahme des Verfahrens zugestimmt. Ein Gericht in Isfahan wies den

Antrag anschließend jedoch ohne Anhörung zurück. Seine Mutter und seine Verlobte, die ebenfalls strafrechtlich verfolgt wurden, verbüßen Haftstrafen von jeweils fünf Jahren.



Alireza Sepahi und Alireza Raisi

Ali Hemmati Sistani und Majid Nik-Andish

Die iranische Justiz gab bekannt, dass Ali Hemmati Sistani und Majid Nik-Andish am 30. September in den frühen Morgenstunden in Maschhad hingerichtet wurden. Beide waren während der Proteste im Januar festgenommen worden; ihre Todesurteile waren nach Angaben der Justiz vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden.

Ihnen wurde vorgeworfen, an den Protesten vom 8. und 9. Januar teilgenommen und sich an Zusammenstößen im Stadtviertel Tabarsi beteiligt zu haben, bei denen vier Angehörige der Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sein sollen. Hemmati wurde unter anderem beschuldigt, ein Geschäft in Brand gesetzt und eine Straße blockiert zu haben. Nik-Andish wurde wegen seiner Teilnahme an den Protesten, des Mitführens eines Messers, der Beschädigung öffentlichen Eigentums und eines Angriffs auf ein Geschäft verfolgt.

Die Justizmedien behaupteten zudem, beide Männer hätten gestanden, zwei Angehörige der Basidsch-Miliz mit einem Messer angegriffen zu haben. Diese Vorwürfe und die Umstände der Verfahren lassen sich anhand unabhängiger Informationen nicht überprüfen. Es liegen keine ausreichenden Angaben darüber vor, ob die Angeklagten Zugang zu Rechtsbeiständen hatten, welche Beweise

vorgelegt wurden oder unter welchen Umständen die Geständnisse zustande kamen. Damit bleibt auch unklar, ob die grundlegenden Garantien eines fairen Verfahrens eingehalten wurden.



Ali Hemmati Sistani und Majid Nik-Andish

Eine Reihe von Hinrichtungen

Die Hinrichtungen von Hemmati und Nik-Andish sind Teil einer Repressionskampagne gegen Menschen, die während des Aufstands im Januar 2026 festgenommen wurden. Nach Angaben von Iran Human Rights und weiteren Menschenrechtsorganisationen ist die Zahl der im Zusammenhang mit den Protesten Hingerichteten inzwischen auf mindestens 31 gestiegen.

Am 23. August war Majid Adineh hingerichtet worden. Zu den Vorwürfen gegen ihn gehörten unter anderem „Krieg gegen Gott“, Versammlung und Verschwörung gegen die innere Sicherheit, Propaganda gegen den Staat und Waffenbesitz. Im Juni waren auch Javad Zamani und Abolfazl Saedi hingerichtet worden, die während der Proteste in Shahrud festgenommen worden waren. Ihnen wurden unter anderem „Krieg gegen Gott“, „Verderben auf Erden“, Waffenverwendung, Sachbeschädigung und Verschwörung gegen die innere Sicherheit vorgeworfen.

Weitere Gefangene sind von der Hinrichtung bedroht. Ali Zarei Dozdarrehsi, der an den Protesten der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ teilgenommen hatte, wurde am 19. September in die Einzelhaft des Gefängnisses Ghezel Hesar verlegt. Er war wegen „Verderbens auf Erden“ zum Tode verurteilt worden. In einer

Audiobotschaft aus dem Gefängnis soll er mitgeteilt haben, dass sein Todesurteil bestätigt worden sei.

Mahboubeh Shabani: zum Tode verurteilt, weil sie Verletzte versorgt hat

Zu den unmittelbar bedrohten Gefangenen gehört die 33-jährige Mahboubeh Shabani, die im Gefängnis Vakilabad in Maschhad inhaftiert ist. In einer Audiobotschaft erklärte sie, ihr Rechtsanwalt sei offiziell über ihr Todesurteil informiert worden. Außerdem berichtete sie, dass mehrere weitere Frauen, die während der Januarproteste festgenommen worden seien, ebenfalls zum Tode verurteilt worden seien.

Shabani wurde am 1. September vor der ersten Kammer des Revolutionsgerichts in Maschhad angeklagt. Die Vorwürfe lauteten unter anderem, eine „operative Handlung zur Stärkung Israels, der Vereinigten Staaten und mit Oppositionsgruppen verbundener Personen“ durchgeführt zu haben und sich des „Krieges gegen Gott“ schuldig gemacht zu haben, weil sie verletzte Demonstrierende versorgt habe.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen hatte sie während der Proteste am 8. und 9. Januar ihr eigenes Motorrad genutzt, um Verletzte zu medizinischen Einrichtungen zu bringen. Am 2. Februar wurde sie in Maschhad festgenommen und in das Gefängnis Vakilabad gebracht. Am 20. August trat sie nach Angaben von HRANA in einen Hungerstreik, um gegen ihre Haftbedingungen, den Umgang mit ihrem Verfahren und die Verweigerung medizinischer Versorgung zu protestieren.

Seit dem 28. September befindet sich Shabani nicht mehr im als „ruhiger Bereich“ bekannten Frauengefängnisstrakt von Vakilabad, sondern in Einzelhaft. HRANA zufolge wurde sie dabei von Gefängnisbehörden gewaltsam verlegt, ohne dass ein Grund genannt wurde.

Zeitgleich sollen die Telefonleitungen zweier Bereiche des Frauengefängnisses unterbrochen und diese Bereiche geräumt worden sein. Dadurch wurde den Inhaftierten die Kommunikation mit ihren Familien und der Außenwelt erschwert. Zusammen mit den jüngsten Hinrichtungen verstärken diese Maßnahmen die Sorge um Shabanis Schicksal und das weiterer Gefangener.

Nach jüngsten Informationen von HRANA wurden auch Maryam Hedavand, Leila Abolhasani und Taraneh Rahimi in Verfahren im Zusammenhang mit dem Januaraufstand zum Tode verurteilt. Das Todesurteil gegen Mahnaz Chardoli

wurde dagegen kürzlich vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Am 14. September ging Iran Human Rights davon aus, dass mindestens 100 inhaftierten Demonstrierenden im Zusammenhang mit dem Aufstand die Todesstrafe drohte. Die dokumentierten Fälle stammten aus 13 Provinzen. Aufgrund der mangelnden Transparenz der iranischen Justiz könnte die tatsächliche Zahl höher liegen.

Tausende Tote während des Aufstands

Die zunehmende Zahl der Todesurteile fällt in eine Zeit, in der das Ausmaß der Todesopfer des Aufstands weiterhin umstritten ist.

Iran Human Rights berichtete am 17. September, nach monatelanger Sammlung und Überprüfung von Informationen mehr als 4.200 getötete Menschen identifiziert zu haben. Darunter sollen mindestens 420 Frauen und 281 Minderjährige unter 18 Jahren sein; 25 der getöteten Kinder seien jünger als 14 Jahre gewesen. Das jüngste identifizierte Opfer soll ein viereinhalb Monate alter Säugling gewesen sein.

HRANA nannte für den Zeitraum vom 28. Dezember 2025 bis zum 15. Februar 2026 insgesamt 7.007 Todesopfer. Mehr als 11.000 weitere Fälle müssten demnach noch untersucht werden.

Die iranischen Behörden bezifferten die Zahl der Toten dagegen auf 3.117. In Erklärungen vom 21. Januar bezeichneten sie 2.427 Opfer, darunter Zivilist*innen und Angehörige der Sicherheitskräfte, als „Märtyrer*innen“, die der Gewalt zum Opfer gefallen seien. Einen großen Teil der Todesopfer schrieben sie bewaffneten Gruppen zu, die sie als „terroristisch“ bezeichneten und denen sie eine Unterstützung durch die USA und Israel vorwarfen. Die übrigen 690 Toten bezeichnete ein Sicherheitsverantwortlicher des Innenministeriums als „Terrorist*innen, Aufständische und Verantwortliche für Angriffe auf militärische Einrichtungen“.

Unabhängig von den unterschiedlichen Angaben sind die Hinrichtungen zu einem zentralen Instrument der Repression gegen den Aufstand geworden. Dutzende Menschen wurden bereits hingerichtet, zahlreiche weitere befinden sich in Haft oder sind zum Tode verurteilt. Fehlende unabhängige Informationen über Gerichtsverfahren, Beweismittel und Haftbedingungen erschweren die Überprüfung der Rechtmäßigkeit dieser Urteile.

Die Hinrichtung weiterer Demonstranten in Maschhad und die Verlegung Mahboubeh Shabanis in Einzelhaft verdeutlichen, dass die Repression Monate nach

den Protesten fortgesetzt wird. Die Todesstrafe bleibt dabei eines ihrer extremsten Instrumente.

Quelle: Echo d'Iran

Gekürzt und zusammengefasst von Roud-Kollektiv. Den vollständigen Artikel findet ihr auf unserer Website: https://www.iran-echo.com/echo_pdf/12102026.pdf

WIRTSCHAFT

Im Iran werden Lebensmittel zunehmend auf Kredit gekauft

Brot und Fleisch gehören inzwischen ebenfalls zu den Lebensmitteln, die auf Kredit gekauft werden.



„Kaufen Sie Ihre Lebensmittel auf Kredit – ohne Anzahlung!“

Angesichts explodierender Lebensmittelpreise und sinkender Kaufkraft sind immer mehr Haushalte im Iran gezwungen, lebensnotwendige Lebensmittel auf

Kredit zu kaufen – von Brot und Fleisch über Hähnchen und Eier bis hin zu Hülsenfrüchten.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten machen inzwischen auch vor den Lebensmittelregalen nicht halt. Während Ratenkäufe lange Zeit vor allem bei teuren Anschaffungen wie Autos und Haushaltsgeräten üblich waren, werden mittlerweile auch Grundnahrungsmittel auf Kredit gekauft. Angesichts der rasant steigenden Preise fällt es immer mehr Haushalten schwer, sich ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.

Wie die Website Hamvatan berichtet, macht sich der Kaufkraftverlust inzwischen auch unmittelbar auf den Tellern der Beschäftigten bemerkbar: Eine Universität für medizinische Wissenschaften ermöglicht ihren Angestellten mittlerweile, Fleisch auf Kredit zu kaufen – bis zu einem Wert von 30 Euro.

Die Beschäftigten können das Fleisch auf Kredit erwerben und den Betrag in mehreren Raten zurückzahlen.

In mehreren Städten des Landes werden inzwischen Brot, Hähnchen, Eier, Tomatenmark und Hülsenfrüchte auf Kredit verkauft. In Dezful berichtet ein Einwohner, dass man mittlerweile 20 Barbari-Fladenbrote kaufen und den Preis innerhalb von zwei Monaten begleichen könne.

Die rasant steigenden Lebensmittelpreise zwingen immer mehr Haushalte im Iran dazu, Grundnahrungsmittel auf Kredit zu kaufen. Die Zahlen für September 2026 verdeutlichen das Ausmaß der Krise: Nach Angaben des iranischen Statistikzentrums stiegen die Preise für Lebensmittel und Getränke innerhalb eines Jahres um rund 122 Prozent, während die Inflationsrate 89,8 Prozent erreichte. Im Jahresdurchschnitt belief sich der Preisanstieg auf 73,6 Prozent.

Bei einigen Lebensmitteln fiel der Preisanstieg noch deutlich höher aus als die durchschnittliche Inflationsrate. Den Daten des iranischen Statistikzentrums zufolge verteuerten sich Öle und Fette im September 2026 gegenüber dem Vorjahresmonat um 196,6 Prozent. Milchprodukte und Eier wurden um 118,7 Prozent teurer, Fleisch und Fleischwaren um 115,2 Prozent.

Offizielle Daten verdeutlichen zudem, wie stark die Lebensmittelpreisinflation Haushalte mit den niedrigsten Einkommen belastet. Lebensmittel und Getränke machen 42,4 Prozent der Ausgaben der ärmsten zehn Prozent der Haushalte aus, gegenüber 21,6 Prozent bei den einkommensstärksten zehn Prozent. Die Preisexplosion belastet das Budget einkommensschwacher Haushalte damit anteilig fast doppelt so stark.

Parallel zu den herkömmlichen Kreditkäufen verbreiten sich auch aufgeschobene Zahlungsmodelle, die unter dem Begriff „Jetzt kaufen, später bezahlen“ bekannt sind. Sie ermöglichen es, Zahlungen in Raten aufzuteilen, erhöhen jedoch zugleich die künftigen finanziellen Belastungen der Haushalte.

Berichte von Betroffenen zeigen außerdem, wie schwierig es zunehmend wird, fällige Raten zu begleichen: Gehälter werden verspätet ausgezahlt, das Einkommen ist bereits Mitte des Monats aufgebraucht und Ratenzahlungen bleiben aus. Für manche Haushalte wird es immer schwieriger, bis zum Monatsende über die Runden zu kommen.

Im Iran ist der Kauf von Brot auf Kredit für manche Haushalte angesichts explodierender Preise und sinkender Kaufkraft zu einer Notwendigkeit geworden. Kredite, die früher vor allem größeren Anschaffungen wie Autos oder Haushaltsgeräten vorbehalten waren, werden inzwischen auch für die grundlegendsten Dinge des täglichen Bedarfs in Anspruch genommen.

Quelle: Echo d'Iran



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Solidarität mit den Kämpfen der Schüler*innen und Studierenden sowie den sozialen Protesten in Frankreich



Erklärung der Gewerkschaft der Beschäftigten des Busunternehmens von Teheran und Umgebung (VAHED)

Die Gewerkschaft der Beschäftigten des Busunternehmens von Teheran und Umgebung (VAHED) erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit den jüngsten Protesten und Kämpfen der Schüler*innen und Studierenden in Frankreich.

Die berechtigten Forderungen der französischen Jugendlichen und Schüler*innen nach dem Erhalt einer kostenlosen und allgemeinen Bildung, gegen den Mangel an Bildungsressourcen und Ausstattung, gegen diskriminierende Zulassungsverfahren an Hochschulen sowie gegen sicherheitspolitische Eingriffe und polizeiliche Repression sind ein wichtiger Bestandteil des weltweiten Kampfes gegen die strukturellen Ungleichheiten des kapitalistischen Systems, die Kommerzialisierung der Bildung und die Verletzung der Grundrechte aller Mitglieder der Gesellschaft.

Die Organisierung der Protestierenden von der Basis aus, die Durchführung von Vollversammlungen an Schulen und Universitäten sowie das Treffen gemeinsamer Entscheidungen zeugen vom bemerkenswerten Bewusstsein und der ausgeprägten Organisationsfähigkeit der jungen Generation.

Vor diesem Hintergrund ist die erklärte Unterstützung der französischen Gewerkschaftsorganisationen – insbesondere der CGT, Solidaires, FSU, UNSA, CFDT und FO – für die Proteste der Schüler*innen und Studierenden ein wichtiger Schritt, um die Kämpfe der Jugend und im Bildungsbereich mit den allgemeinen Kämpfen der Arbeiter*innen und anderer gesellschaftlicher Gruppen zusammenzuführen. Diese Verbindung kann und muss weiter ausgebaut und vertieft werden.

Unsere Gewerkschaft vergisst nicht, dass die französischen Gewerkschaftsorganisationen in den vergangenen Jahren in schwierigen Zeiten und angesichts umfassender Repression stets eine wichtige Stütze und eine starke Stimme der Arbeiter*innenklasse, unabhängiger Organisationen sowie der Bewegungen für Freiheit und Gleichheit im Iran waren. Diese gegenseitige internationale Solidarität ist unser gemeinsames Kapital im Kampf der Arbeiter*innenklasse und der Protestierenden weltweit gegen Ungleichheit und Repression.

Die Gewerkschaft der Beschäftigten des Busunternehmens VAHED verurteilt jede polizeiliche Gewalt gegen die berechtigten Proteste der Schüler*innen und Studierenden und bekräftigt erneut ihre Solidarität mit den Protestierenden sowie den französischen Studierenden-, Schüler*innen- und Gewerkschaftsorganisationen.

Den Kampf für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, für eine kostenlose und menschenwürdige Bildung sowie für das Recht, unabhängige Organisationen zu gründen, betrachtet sie als ein unveräußerliches Recht der Menschen in Frankreich, im Iran und überall auf der Welt.

Es lebe die internationale Solidarität!

Die Befreiung der Arbeiter*innen und Unterdrückten liegt in ihrer Einheit und Organisierung!

Quelle: Echo d'Iran



TODESSTRAFE

Ein Dorf voller Gräber

Hinrichtungen wegen Drogendelikten im Iran – systematisch und in großem Umfang

5.356

Hinrichtungen wegen
Drogendelikten
2010–2025

2.132

davon seit der Reform
von 2017

2,4 %

offiziell bestätigt (seit
2018)

Im Jahr 2025 verzeichnete der Iran mehr Hinrichtungen als in jedem anderen Jahr seit Ende der 1980er-Jahre. Die endgültige Zahl muss noch ermittelt werden – eine besonders schwierige Aufgabe angesichts der Intransparenz des iranischen Justizsystems. Die bislang verfügbaren Informationen zeigen jedoch bereits, dass mehr als 700 der insgesamt rund 1.500 hingerichteten Menschen wegen Drogendelikten exekutiert wurden. Die große Mehrheit von ihnen gehörte zu den am stärksten marginalisierten Gruppen der iranischen Gesellschaft: Menschen in Armut, Angehörige ethnischer Minderheiten, ausländische Staatsangehörige sowie Menschen, die kaum oder gar keinen Zugang zu einer wirksamen rechtlichen Verteidigung hatten.

Zu dem Bericht erklärte Mahmood Amiry-Moghaddam, Direktor der Organisation Iran Human Rights (IHRNGO):

” Menschen, die wegen Drogendelikten zum Tode verurteilt werden, sind die verletzlichsten und mittellosesten Opfer der Tötungsmaschinerie der Islamischen Republik. Diese Hinrichtungen sind kein ‚Krieg gegen Drogen‘: Sie stehen im Zentrum des Krieges, den die Islamische Republik gegen die eigene Bevölkerung führt. Indem die Behörden Menschen in einem solchen Ausmaß hinrichten, versuchen sie, Angst zu verbreiten und das Überleben eines Systems zu verlängern, dem die Legitimität fehlt.

— Mahmood Amiry-Moghaddam, IHRNGO

” Die internationale Gemeinschaft und insbesondere das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sind verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Zusammenarbeit mit dem Iran weder dazu beiträgt, diese im Namen der Drogenbekämpfung begangenen Tötungen zu erleichtern, noch sie zu legitimieren.

— Mahmood Amiry-Moghaddam, IHRNGO

Er fügte hinzu:

” Die massenhaften und systematischen Hinrichtungen von Menschen, die wegen Drogendelikten verurteilt wurden, erfolgen unter Missachtung der Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens und mit dem Ziel, Angst in der Bevölkerung zu verbreiten. Sie müssen von den Vereinten Nationen als mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersucht werden.

— Mahmood Amiry-Moghaddam, IHRNGO

Nach den von Iran Human Rights (IHRNGO) zusammengetragenen Daten haben die Behörden der Islamischen Republik zwischen Januar 2010 und dem 30. November 2025 mindestens 5.356 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet. Unter ihnen waren 121 Frauen und mindestens sieben Personen, die zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Taten noch keine 18 Jahre alt waren.

Trotz der 2017 unter internationalem Druck verabschiedeten Reform des iranischen Betäubungsmittelgesetzes, die als Maßnahme zur Verringerung der Hinrichtungen vorgestellt wurde, wird die Todesstrafe bei Drogendelikten weiterhin in großem Umfang angewendet. Seit Januar 2018 wurden mindestens 2.132 Menschen wegen solcher Delikte hingerichtet. Dies zeigt, dass die Reform nicht zu

einem dauerhaften Rückgang der Anwendung der Todesstrafe in diesem Bereich geführt hat.

Der Bericht hebt auch die eklatante Intransparenz bei Hinrichtungen im Iran hervor. In den vergangenen 15 Jahren haben die iranischen Behörden offiziell nur 10 bis 30 Prozent der Hinrichtungen eingeräumt. Bei Fällen im Zusammenhang mit Drogendelikten ist die Intransparenz noch ausgeprägter: Seit 2018 haben die Behörden lediglich 2,4 Prozent der von IHRNGO erfassten Hinrichtungen wegen Drogendelikten bestätigt. Bei Hinrichtungen aus anderen Gründen lag dieser Anteil hingegen bei 23,44 Prozent. Die große Mehrheit der im Bericht dokumentierten Fälle betrifft somit Hinrichtungen, die IHRNGO anhand von mindestens zwei voneinander unabhängigen Quellen überprüft hat.

Hinrichtungen wegen Drogendelikten wurden in allen 31 iranischen Provinzen dokumentiert. Bemerkenswert ist, dass weniger als die Hälfte der erfassten Hinrichtungen wegen solcher Delikte in Grenzprovinzen stattfand. Dieser Befund stellt die offizielle Darstellung infrage, wonach sich diese Hinrichtungen vor allem gegen den grenzüberschreitenden Drogenhandel richten sollen.

Eine der erschütterndsten Erkenntnisse des Berichts betrifft das Dorf Sartarhan Chah Kheyr in der Provinz Lorestan. In diesem Dorf mit weniger als 400 Einwohner*innen wurden zwischen 2010 und 2025 rund 70 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet. Etwa 100 weitere Personen, darunter drei Frauen, befinden sich derzeit im Todestrakt.

Durch Geolokalisierung und unabhängige Überprüfungen konnte IHRNGO bestätigen, dass Dutzende Menschen, die auf dem örtlichen Friedhof begraben liegen, wegen Drogendelikten hingerichtet worden waren. Auf mehreren Grabsteinen finden sich dieselben Familiennamen. Dies verdeutlicht ein besonders erschütterndes Muster: Im Laufe der Jahre wurden mehrere Mitglieder derselben Familie oder Gemeinschaft zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Über die Zahlen hinaus dokumentiert der Bericht systematische Verletzungen der Verteidigungsrechte in Verfahren wegen Drogendelikten. Dazu zählen unter Folter erzwungene Geständnisse, die Verweigerung des Zugangs zu Rechtsanwält*innen, Schnellverfahren vor Revolutionsgerichten sowie Hinrichtungen, obwohl Rechtsmittel noch anhängig waren. Diese Praktiken verletzen die Garantien eines fairen Gerichtsverfahrens und können dazu führen, dass Menschen verurteilt und hingerichtet werden, ohne dass ihr Fall umfassend gerichtlich geprüft wurde.

Der Bericht hebt außerdem hervor, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sind. Seit 2021 stellen Belutsch*innen 26 Prozent der von IHRNGO erfassten Personen, die wegen Drogendelikten im Zusammenhang mit dem Drogenhandel hingerichtet wurden, obwohl sie nur zwei bis fünf Prozent der iranischen Bevölkerung ausmachen. Im selben Zeitraum wurden zudem mindestens 111 afghanische Staatsangehörige hingerichtet. Diese Zahlen zeigen, dass Hinrichtungen wegen Drogendelikten insbesondere bestimmte ethnische Minderheiten und ausländische Staatsangehörige treffen.

Der Bericht, der am Ende eines Jahres mit verschärfter Repression veröffentlicht wurde, verdeutlicht, dass Hinrichtungen wegen Drogendelikten eine zentrale Rolle bei der Anwendung der Todesstrafe im Iran spielen. Sie werden zu einem großen Teil unter intransparenten Bedingungen vollstreckt und treffen unverhältnismäßig häufig besonders schutzbedürftige Menschen, die nur über sehr begrenzte Mittel verfügen, um sich rechtlich zu verteidigen.

Ausmaß und Praxis der Hinrichtungen wegen Drogendelikten (2010 bis 30. November 2025)

Nach Angaben von Iran Human Rights (IHRNGO) haben die iranischen Behörden zwischen Januar 2010 und dem 30. November 2025 mindestens 5.356 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet. Unter ihnen waren 121 Frauen und mindestens sieben Personen, die zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Taten noch keine 18 Jahre alt waren. Diese Hinrichtungen machen mehr als 52 Prozent aller im selben Zeitraum erfassten Hinrichtungen aus.

Seit Januar 2018 wurden trotz der 2017 verabschiedeten Reform des iranischen Betäubungsmittelgesetzes, mit der die Anwendung der Todesstrafe bei solchen Delikten eingeschränkt werden sollte, mindestens 2.132 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet.

Die iranischen Behörden legen über die meisten Hinrichtungen keine offiziellen Rechenschaftsberichte vor. In den vergangenen 15 Jahren haben sie durchschnittlich nur 10 bis 30 Prozent der Hinrichtungen offiziell bestätigt. Die meisten im Bericht erfassten Fälle wurden daher von IHRNGO anhand von zwei unabhängigen Quellen überprüft.

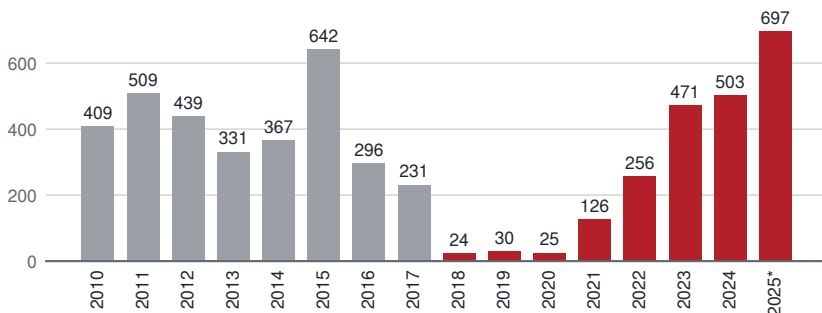
Hinrichtungen wegen Drogendelikten werden noch seltener öffentlich bekannt gegeben: Seit 2018 haben die Behörden lediglich 2,4 Prozent dieser Hinrichtungen offiziell bestätigt.

Hinrichtungen wegen Drogendelikten wurden in allen 31 iranischen Provinzen dokumentiert. Besonders häufig fanden sie in Teheran und der Provinz Alborz statt, insbesondere im Gefängnis Ghezel Hesar. Weitere Schwerpunkte waren Gefängnisse in den Provinzen Razavi-Chorasan, Isfahan, Fars, Sistan und Belutschistan, Süd-Chorasan, West-Aserbaidshan und Kerman.

Weniger als die Hälfte der erfassten Hinrichtungen wegen Drogendelikten fand in Grenzprovinzen statt.

- Zwischen 2010 und dem 30. November 2025 wurden mindestens 5.356 Menschen wegen Drogendelikten hingerichtet.
- Seit der Reform des iranischen Betäubungsmittelgesetzes im Jahr 2017 wurden mindestens 2.132 Menschen wegen solcher Delikte hingerichtet.
- Seit dieser Reform wurden lediglich 2,4 Prozent der von IHRNGO erfassten Hinrichtungen wegen Drogendelikten von offiziellen Stellen bekannt gegeben. Bei allen Hinrichtungen zusammen lag dieser Anteil bei 23,44 Prozent.
- Seit 2010 wurden mindestens 77 Personen wegen Drogendelikten hingerichtet, die zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Taten minderjährig waren. Drei von ihnen waren afghanische Staatsangehörige, eine Person war pakistanische Staatsangehörige und drei gehörten der belutschischen Minderheit an.
- Seit 2010 wurden mindestens 121 Frauen wegen Drogendelikten hingerichtet.

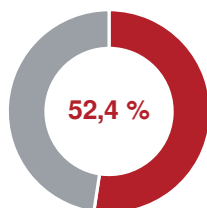
Hinrichtungen wegen Drogendelikten im Iran, 2010–2025



* 1. Januar bis 30. November 2025. Rot: nach der Reform des Betäubungsmittelgesetzes (2017).

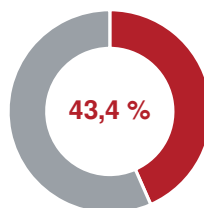
Vom IHRNGO dokumentierte Hinrichtungen wegen Drogendelikten zwischen 2010 und dem 30. November 2025. Quelle: IHRNGO

**Anteil an allen Hinrichtungen
2010–2025**



- wegen Drogendelikten (52,4 %)
- andere Hinrichtungen (47,6 %)

**Drogen-Hinrichtungen nach Provinz
2016–2025**



- Grenzprovinzen (43,4 %)
- Nicht-Grenzprovinzen (56,6 %)

Links: Seit 2010 machen Hinrichtungen wegen Drogendelikten mehr als die Hälfte aller Hinrichtungen aus. Rechts: Zwischen 2016 und dem 30. November 2025 fanden die meisten Hinrichtungen wegen Drogendelikten in Provinzen statt, die nicht an einer Landesgrenze liegen.

Quelle: IHRNGO

Quelle: Echo d'Iran



GEWERKSCHAFTEN

Erklärung der Lehrergewerkschaft des Iran (Teheran) zum Beginn des Schuljahres 2026/2027

Jeder Beginn eines neuen Schuljahres, der im Zeichen des Lernens und des Hinterfragens steht, weckt Hoffnung – insbesondere dann, wenn er in die lebendige Welt der Kindheit und Jugend fällt. Trotz der zahlreichen Schwierigkeiten kann diese Hoffnung unserem Leben Farbe verleihen und es mit Licht erfüllen.

Wir beginnen das Schuljahr 2026/2027 in einer Situation, in der das öffentliche Bildungswesen im Iran, das bereits seit Jahren mit zahlreichen Krisen konfrontiert ist, nun auch zwei weitere besorgniserregende Probleme bewältigen muss.

Zum einen wurden die Schulen in den vergangenen Jahren wiederholt geschlossen, wobei jede neue Krise weitere Unterbrechungen des Unterrichts nach sich zog.

Zum anderen steigt die Zahl der Kinder, denen der Schulbesuch verwehrt bleibt, sowie der Schüler*innen, die ihre Ausbildung abbrechen, in äußerst besorgniserregendem Maße. Armut und unkontrollierte Preissteigerungen erschweren es sowohl den Kindern als auch ihren Familien, den Schulbesuch fortzusetzen.

In den vergangenen Jahren sind Schulschließungen nicht mehr die Ausnahme, sondern scheinen zur Regel geworden zu sein. Abwechselnd haben Luftverschmutzung, Energieknappheit in Kälte- und Hitzeperioden und im vergangenen Jahr die Ausweitung des bewaffneten Konflikts den regulären Schulbetrieb beeinträchtigt. Die Schließung von Schulen scheint damit zum einfachsten Mittel geworden zu sein, um immer schwerwiegendere gesellschaftliche Krisen zu kaschieren.

Wir alle wissen, dass der Fernunterricht trotz seiner erheblichen materiellen und technischen Einschränkungen für die meisten Schüler*innen keinen angemessenen Ersatz darstellt. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien bedeutet er in der Praxis, dass ihr Lernprozess vollständig oder teilweise unterbrochen wird. Beobachtungen und zahlreiche vorliegende Berichte bestätigen diese besorgniserregende Realität eindeutig.

Die wiederholten Schulschließungen sind nicht nur ein bildungspolitisches Problem, sondern werfen auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit auf.

Eine weitere Krise besteht in der zunehmenden Zahl von Schulabbrüchen, Kindern ohne Zugang zu schulischer Bildung und der Verbreitung informeller Bildungsangebote. In privilegierten gesellschaftlichen Schichten können diese Entwicklungen auf mangelnde Motivation und das Gefühl zurückzuführen sein, dass Bildung kaum Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Lage hat. In der Mittel- und Arbeiter*innenklasse hingegen sind sie eher eine Folge des wachsenden wirtschaftlichen Drucks auf die Haushalte. So verstärken sich Bildungsarmut und wirtschaftliche Armut gegenseitig.

Angesichts einer starren politischen und wirtschaftlichen Struktur, die auf Privilegien und Korruption beruht, angesichts von Kriegen und ideologischen Konflikten mit verschiedenen Ländern, einer galoppierenden Inflation, des zunehmenden Missverhältnisses zwischen Einkommen und Ausgaben, der wirtschaftlichen Schrumpfung und der anhaltend steigenden Arbeitslosigkeit sind manche Familien nicht mehr in der Lage, ihre laufenden Ausgaben zu decken. Sie sind deshalb gezwungen, zwischen verschiedenen Ausgabenposten abzuwägen.

Unter diesen Bedingungen können die hohen Kosten für Lebensmittel, Wohnraum, Verkehr, Kleidung und Schuhe, Schulmaterialien sowie die für den Fernunterricht erforderlichen Geräte dazu führen, dass Schüler*innen ihre Schullaufbahn nicht fortsetzen können.

In dieser Situation sind weder die Lehrkräfte noch die Familien oder die Schulen in der Lage, einen kontinuierlichen und qualitativ hochwertigen Unterricht zu gewährleisten. Lehrkräfte müssen aufgrund unzureichender Gehälter zusätzliche Unterrichtsstunden übernehmen oder einer weiteren Beschäftigung nachgehen, um die stetig steigenden Lebenshaltungskosten zu decken. Familien, deren Einkommen nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt hält, sehen sich mitunter gezwungen, ihre Kinder arbeiten zu lassen. Die Schulen wiederum werden regelmäßig aufgrund von Energieknappheit, Luftverschmutzung, Krieg oder anderen Krisen geschlossen.

Dabei gerät der Schüler bzw. die Schülerin, obwohl er oder sie im Mittelpunkt dieses Dreiecks stehen sollte, in Vergessenheit. Die psychische und emotionale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ist durch den enormen Druck infolge des Krieges und durch tragische Ereignisse wie jene im Januar 2026 schwer belastet. Dennoch scheint das staatliche Bildungssystem keinerlei angemessene Unterstützung anzubieten, obwohl diese Erfahrungen erhebliche Folgen haben.

All diese Probleme veranlassen die Lehrgewerkschaft und andere Gewerkschaftsorganisationen dazu, ihren Blick über die bisherigen Anliegen hinaus zu erweitern. Seit Jahren setzen sie sich für die Forderungen der aktiven Lehrkräfte

– darunter verbeamtete und vertraglich beschäftigte Lehrkräfte, Lehrbeauftragte und weitere Beschäftigtengruppen – sowie der pensionierten Lehrkräfte ein. Sie prangern deren anhaltende Probleme an: unzureichende Gehälter und Sozialleistungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem beruflichen Einstufungssystem, mangelnden Versicherungsschutz und schlechte Arbeitsbedingungen. Nun müssen sie sich auch verstärkt mit den Lebensbedingungen der Familien und dem Recht der Schüler*innen auf Bildung befassen.

Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen will sich die Lehrgewerkschaft im neuen Schuljahr mit Nachdruck für folgende Forderungen einsetzen:

- **Eine inflationsgerechte Bezahlung für Lehrkräfte und andere Beschäftigte:** Die Kontinuität des Unterrichts und die Bekämpfung des Schulabbruchs hängen unmittelbar von der wirtschaftlichen Situation der Familien ab.
- **Regelmäßiger Schulunterricht sowie kostenlose und hochwertige Bildung für alle:** Auch in Krisenzeiten, insbesondere bei Energieengpässen oder hoher Luftverschmutzung, müssen Schulschließungen das letzte Mittel bleiben.
- **Bereitstellung der notwendigen technischen Ausstattung für den Fernunterricht:** Das Bildungsministerium muss den Lehrkräften die dafür erforderlichen Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.
- **Vollständige Umsetzung des Gesetzes zur Angleichung der Renten:** Die Rentenbezüge müssen an die Vergütung der aktiv Beschäftigten angeglichen werden.
- **Übertragung des Eigentums an den mit dem Lehrersparfonds verbundenen Unternehmen auf die Lehrkräfte:** Entsprechend den im März 2025 verabschiedeten Satzungen müssen die Lehrkräfte als rechtmäßige Eigentümer*innen sowohl das Eigentum als auch die Verwaltung und die Beteiligungsrechte an diesen Unternehmen erhalten.

Obwohl die Lehrgewerkschaft die Wiedereröffnung der Schulen für den Präsenzunterricht begrüßt, weist sie darauf hin, dass die Schulen unter den gegenwärtigen Bedingungen im Zentrum vielfältiger Krisen stehen: einer Lernkrise, einer Krise der Löhne und Gehälter, einer Energiekrise, einer ideologischen Krise und einer Krise der Unterrichtsqualität sowie einer zunehmenden Verarmung. Inzwischen ist die eigentliche Aufgabe der Schulen – den Schüler*innen das Lernen zu ermöglichen – so weit in den Hintergrund gerückt, dass sie nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Quelle: Echo d'Iran

VEREINTE NATIONEN

UN-Untersuchungskommission: Iranische und US-amerikanische Behörden haben Verbrechen begangen



Sara Hossain, Vorsitzende der Unabhängigen Internationalen Untersuchungsmission der Vereinten Nationen zu Iran, bei der Vorstellung des Berichts vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf, 21. September 2026. Foto: UNTV CH

Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Iran hat am Montag, dem 20. September 2026, in Genf ihren jüngsten Bericht vor dem Menschenrechtsrat während dessen 63. Sitzung vorgestellt.

Sara Hossain, die Vorsitzende der Kommission, erklärte, die iranische Bevölkerung sei in den vergangenen Monaten mit einem doppelten Schock konfrontiert gewesen: einer „schweren staatlichen Repression“ im Landesinneren und den Folgen des Krieges mit den Vereinigten Staaten und Israel.

Der am 7. September veröffentlichte Bericht wurde heute von den Mitgliedstaaten in einer offiziellen Sitzung des Menschenrechtsrats geprüft und erörtert.

Den Ergebnissen der Kommission zufolge erreichte die Niederschlagung der Ende Dezember 2025 und Anfang Januar 2026 ausgebrochenen Proteste ein Ausmaß, das alle vorherigen Protestwellen übertraf. Die Sicherheitskräfte setzten in allen 31 Provinzen des Landes Schusswaffen ein.

Der Bericht dokumentiert gezielte Schüsse auf Demonstrierende von Dächern und anderen erhöhten Positionen, den Einsatz von Schrotmunition sowie Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen.

Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass einige dieser Handlungen – darunter Tötungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter und andere unmenschliche Behandlungen – Teil eines systematischen und weitverbreiteten Angriffs auf die Zivilbevölkerung waren und als **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** einzustufen sind.

Unter den Opfern der Repression waren mindestens 221 Kinder, von denen einige erst zwei Jahre alt waren. Zudem wurden Zehntausende Menschen festgenommen und willkürlich inhaftiert. Viele von ihnen sollen Folter, Isolationshaft und dem Entzug des Zugangs zu einem Rechtsbeistand ausgesetzt gewesen oder Opfer des Verschwindenlassens geworden sein.

Die am 8. Januar 2026 verhängte landesweite Internetsperre dauerte mehr als fünf Monate. Sie schränkte den Zugang zu Informationen und die Durchführung von Rettungsmaßnahmen erheblich ein.

Auch die Todesstrafe wurde nach den Protesten in großem Umfang eingesetzt. Zwischen Februar und August 2026 wurden mindestens 29 Männer in Verfahren im Zusammenhang mit den Protestbewegungen hingerichtet, nachdem sie in Schnellverfahren zum Tode verurteilt worden waren. Fünf dieser Hinrichtungen fanden öffentlich statt. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichts drohte mehr als 70 weiteren Personen, darunter fünf Frauen und drei Jungen, die unmittelbare Hinrichtung.

Der Bericht befasst sich außerdem mit dem Krieg, den die Vereinigten Staaten und Israel am 27. Februar 2026 mit Angriffen auf den Iran auslösten. Nach

Einschätzung der Kommission erlitt die iranische Bevölkerung dabei schwere Verletzungen ihrer Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Insbesondere sieht die Kommission hinreichende Gründe für die Annahme, dass zwei US-amerikanische Angriffe Kriegsverbrechen darstellen könnten.

Zwei Angriffe werden als mutmaßliche Kriegsverbrechen angeführt:

- Der erste Angriff betraf einen Tomahawk-Marschflugkörper, der die Grundschule Shajareh Tayyebah in Minab traf. Dabei wurden mehr als 150 Menschen getötet, darunter etwa 120 Kinder.
- Der zweite Angriff richtete sich gegen einen Sportkomplex und ein Wohngebiet in Lamerd. Dabei kamen 22 Zivilist*innen ums Leben.

Nach Einschätzung der Kommission wurde bei diesen Angriffen nicht ausreichend zwischen militärischen Zielen einerseits und zivilen Zielen sowie zivilen Objekten andererseits unterschieden. Die Angriffe könnten daher nach dem Völkerrecht als „wahllose Angriffe“ eingestuft werden.

Im Fall von Minab stützt sich diese Schlussfolgerung insbesondere darauf, dass das angegriffene Gebäude eindeutig als Schule erkennbar war. Die Kommission fand keine Hinweise darauf, dass die Schule zum Zeitpunkt des Angriffs für militärische Zwecke genutzt wurde.

Nach Angaben der UN-Ermittler*innen waren die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, die Informationen über das Ziel vor dem Angriff ausreichend zu aktualisieren und den militärischen Charakter des Gebäudes zu bestätigen. Die Kommission ist der Auffassung, dass dieses Versäumnis über eine „einfache Fahrlässigkeit“ hinausging.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen die Expert*innen bei der Untersuchung des Angriffs auf Lamerd. Sie stellten fest, dass der Sportkomplex deutlich von den nahe gelegenen Einrichtungen des Korps der Islamischen Revolutionsgarden zu unterscheiden war.

Washington wies die Schlussfolgerungen der Kommission zu den Vereinigten Staaten zurück und warf dem UN-Menschenrechtsrat Voreingenommenheit vor. Das Pentagon erklärte seinerseits, die Untersuchung des Angriffs auf Minab dauere an. Ergebnisse seien bislang nicht veröffentlicht worden.

Der iranische Vertreter beim Menschenrechtsrat, Ali Bahreini, hob dagegen die amerikanischen und israelischen Angriffe sowie die Wirtschaftssanktionen hervor, die er als die wichtigsten Verletzungen der Rechte der iranischen Bevölkerung

bezeichnete. Zudem bekräftigte er die offizielle Darstellung Teherans, wonach ein Teil der Proteste in „organisierte Gewalt und ausländische Einmischung“ umgeschlagen sei. Teheran weist seit Langem Vorwürfe zurück, wonach die Niederschlagung der Proteste systematisch organisiert gewesen sei.

Abschließend forderte die UN-Untersuchungsmission die Islamische Republik Iran und die Vereinigten Staaten auf, die Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu beenden, den Opfern vollständige Wiedergutmachung zu gewährleisten und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher Verstöße zu verhindern.

Darüber hinaus rief die Mission dazu auf, den Krieg unverzüglich zu beenden und die diplomatischen Bemühungen um einen dauerhaften Frieden wieder aufzunehmen. Die Untersuchungskommission verfügt jedoch über keine gerichtlichen Befugnisse: Ihre Schlussfolgerungen stellen weder Gerichtsentscheidungen noch rechtskräftige Verurteilungen dar. Sie können allerdings dazu beitragen, die Ereignisse zu dokumentieren, und bei möglichen Ermittlungen oder Gerichtsverfahren auf nationaler oder internationaler Ebene berücksichtigt werden.

Quelle: Echo d'Iran





Herausgeber



Deutsche Übersetzung: Roud-Kollektiv

Unsere Kämpfe sichtbar machen

Oktober 2026

Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Kämpfe nicht erneut vereinnahmt werden, sondern den Weg für eine freie, solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft öffnen.

Herausgegeben von SSTI · Deutsche Übersetzung: Roud-Kollektiv

<https://www.iran-echo.com>